

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES  
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern  
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH  
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB  
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

6. Jahrgang, Nummer 2/3

Postverlagsort Bonn

Bonn, im Februar/März 1958

## INHALT

NICHT IN RATEN KAPITULIEREN! von Gerhard Schröder . . . . .	S. 1
SPEKULATION AUF WUNDER von Eugen Gerstenmaier . . . . .	S. 4
„CHRISTUS NICHT GEGEN KARL MARX GESTORBEN, SONDERN FÜR UNS ALLE“ von Edo Osterloh . . . . .	S. 8
EVANGELISCHE STIMMEN ZUR BUNDESTAGSDEBATTE VOM 23. JANUAR 1958 . . . . .	S. 9
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION . . . . .	S. 15

## NICHT IN RATEN KAPITULIEREN!

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Die Opposition hat eine erbitterte Offensive gegen den Bundeskanzler begonnen. SPD und FDP gehen gemeinsam vor. Sie beschuldigen den Bundeskanzler, Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgeschlagen, ja sabotiert zu haben. Der Bundeskanzler hat die Unwahrheit dieser Behauptung bereits nachgewiesen. Aber die Opposition hat sich in ihre Behauptung verbissen. Sie begann dieses böse Spiel in der Nacht vom 23. zum 24. Januar. Nachdem im Bundestag viele Stunden lang ernst und gewissenhaft debattiert worden war, ging die Gegenseite zu persönlichen Angriffen gegen den Bundeskanzler über, die schließlich in der ungeheuerlichen Behauptung gipfelten, der Bundeskanzler habe die Wiedervereinigung Deutschlands sabotiert. Tags darauf erklärten die Gegner triumphierend: Ein bewußt geführter Aufstand gegen die Politik der Union und ihre Verkörperung in Adenauer habe begonnen. Und die das erklärten, gebärden sich als eine revolutionäre Avantgarde, die das deutsche Volk gegen Adenauer mobilisieren will; denn — so heißt es in der „Freien Demokratischen Korrespondenz“ — das deutsche Volk habe schon mehrfach vor der Notwendigkeit gestanden, seinen

Weg gegen den Willen von Regenten und Kabinetten zu gehen.

### Beifall aus dem Osten

Das Schauspiel der gehässigen Angriffe gegen den Bundeskanzler findet in Moskau und Ost-Berlin jubelnden Beifall. „Aufstand gegen Adenauer“ — dieser Kampfruf begeistert besonders die Machthaber der Sowjetzone. Das ist Geist von ihrem Geiste. Am 25. Januar überschüttet der sowjetzonale Rundfunk die Opposition mit Worten höchster Anerkennung für die gegen die Regierung vorgebrachten Beschuldigungen. Und dann heißt es wörtlich: „Soll es, kann es überhaupt bei diesen Anklagen bleiben? Das ist unmöglich! Jetzt ist die Zeit zur Aktion gekommen, wenn Deutschland gerettet werden soll. Denn bloße Parlamentsreden allein tun es nicht.“ Am 30. Januar stachelt Radio Ost-Berlin unsere Opposition mit den Worten an: „Es ist höchste Zeit, daß wir dem Musterschüler der Amerikaner den Marsch blasen. Es bleibt bei den Worten Dr. Heinemanns: Adenauer muß abtreten. Durch eine große Volksbewegung muß eine Wende in der westdeutschen Politik herbeigeführt werden.“

Die sogenannte große Volksbewegung, die an den Grundlagen unseres Staates rütteln soll, war schon immer der sehnlichste Wunsch der Kommunisten. Am 27. Dezember letzten Jahres wurde ein Schreiben Ulbrichts an Ollenhauer veröffentlicht. Darin schlug Ulbricht im Namen des Zentralkomitees der SED vor, in beiden Teilen Deutschlands eine „Volksbewegung“ zu organisieren und eine „Volksbefragung gegen die Errichtung von Raketenbasen und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa“ durchzuführen. Und zwei Tage nach der außenpolitischen Debatte im Bundestag, kündigte Ollenhauer auf einer Versammlung in Bonn eine breite „Volksbewegung gegen den Atomtod“ an. Ich sage nicht, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Brief Ulbrichts und der Ankündigung Ollenhauers besteht. Aber wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der muß die Tatsache feststellen, daß die Propaganda der Opposition und die Propaganda der SED heute in diesem Punkt konform gehen.

### Dokumentarischer Rückblick

Die gegenwärtige Weltlage enthält für unser Volk so große Gefahren, daß es unsere Pflicht ist, vor der breiten Öffentlichkeit volle Klarheit über das Problem der Wiedervereinigung zu schaffen und gleichzeitig aufzuzeigen, welche Haltung die Opposition in der Vergangenheit in dieser Schicksalsfrage unserer Nation eingenommen hat.

Die Opposition versucht nämlich, ihre früheren Erklärungen zu verleugnen, weil sie so einen angeblichen Schuldbeweis gegen die Regierungspolitik besser konstruieren zu können glaubt. Der geschichtlichen Wahrheit wegen ist daher der Rückgriff auf das Dokumentenmaterial unausweichlich.

Die in diesen Tagen viel genannte Note Stalins an die Westmächte vom 10. März 1952 sollte den Eindruck erwecken, die Sowjetunion sei gewillt, die Wiedervereinigung zuzulassen und Deutschland eine unabhängige Politik zu gestatten, wenn es auf das Bündnis mit dem Westen verzichte. Nach meiner Überzeugung geht der eigentliche Zweck der Note bereits aus dem Datum ihrer Absendung hervor: Sie wurde den Westmächten gerade in dem Augenblick übermittelt, als die Verhandlungen über EVG- und Deutschland-Vertrag kurz vor dem Abschluß standen. Dieselbe Taktik haben die Sowjets auch in den späteren Jahren immer wieder angewendet: Sowjetische Noten zur Deutschland-Frage gab es z. B. im Juli und August 1954, als die Entscheidung über die EVG in Frankreich auf des Messers Schneide stand. Und am 23. Oktober 1954, am Tage, an dem die Pariser Verträge unterzeichnet wurden, erklärte sich die Sowjetunion plötzlich bereit, den Eden-Plan über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen erneut zu erörtern.

Gesetzt aber den Fall, die März-Note wäre ernst gemeint gewesen — welche Ziele konnte Stalin dann im Auge haben? Er rechnete damit, daß das atlantische Bündnis durch den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland entscheidend geschwächt werden würde. Das konnte nicht ohne Folgen für die französische und englische Politik bleiben. Die Franzosen, so mochte Stalin hoffen, würden dann ihre Sicherheitspolitik wieder nach der traditionellen Linie der Vorkriegszeit ausrichten und dabei auf den französisch-sowjetischen Vertrag vom 10. Dezember 1944 zurückgreifen. Dann hätte auch England seine Politik überprüfen müssen. Die bisherige Politik eines Zusammenschlusses gegen die sowjetische Gefahr wäre an der Wurzel getroffen worden. Eine völlige Desorientierung in Europa wäre die unausweichliche Folge gewesen. Zwischen Druck und Gegendruck mißtrauischer Nach-

barn hätte dann ein politisch und wirtschaftlich noch keineswegs gefestigtes Deutschland gelegen.

### Zerrbild einer Sicherheit

Gewiß gaben die Sowjets damals an, Deutschland eine eigene Armee und Rüstung zu gestatten. Aber Stalin konnte getrost darauf vertrauen, daß ein allein auf sich gestelltes, wirtschaftlich sich mühsam konsolidierendes Deutschland keine moderne Armee würde aufstellen können. Unter diesen Umständen wäre Stalin ferner der Unterstützung aller unserer Nachbarn sicher gewesen, wenn er bei den in der Note vorgesehenen Friedensverhandlungen darauf gedrungen hätte, eine künftige isolierte deutsche Wehrmacht zu einem bedeutungslosen militärischen Instrument zu machen. Und für dieses Zerrbild einer Sicherheit sollten wir auf den Beistand der freien westlichen Welt verzichten und in völliger außenpolitischer Isolierung der erdrückenden Macht des totalitären Ostblocks gegenüberstehen!

Die Westmächte antworteten bereits am 25. März 1952. Im Bundestag fand am 3. April 1952 eine außenpolitische Debatte statt. Regierung und Opposition bekann-

---

*Abgeordneter Dr. Kliesing:*

*„Ihr Ziel ist hier heute abend eine neue Dolchstoßlegende!“*

*(Lebhafte Pfui-Rufe von der SPD)*

*Aus dem Protokoll des Deutschen Bundestages vom 23. Januar 1958*

---

ten sich zu den Hauptpunkten der westlichen Note. Sie bekannten sich zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Rahmen einer dauerhaften, auf umfassende und enge Zusammenarbeit der Völker gegründeten Friedensordnung als dem obersten Ziel der deutschen Politik. Regierung und Opposition sahen in völliger Übereinstimmung zur Verwirklichung dieses Ziels nur den einen Weg: bei den vier Besatzungsmächten darauf hinzuwirken, daß freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung unter Zugrundelegung der vom Bundestag am 6. Februar 1952 gebilligten Wahlordnung und unter internationaler Garantie durchgeführt werden.

### Warnte Schumacher vergeblich?

Als ein Jahr zuvor der sowjetische Vorschlag eines sogenannten Gesamtdeutschen Rates im Bundestag behandelt wurde, unterstützte Schumacher ohne jeden Vorbehalt die Regierungserklärung. Sie forderte als ersten Schritt zur Wiedervereinigung freie, allgemeine und geheime Wahlen. Am 14. Februar 1951 hatte Kurt Schumacher bereits erklärt, die Neutralisierung werde von der sozialdemokratischen Partei „stets eindeutig abgelehnt“. Jeder derartige Versuch wäre dem Mißbrauch durch den Kommunismus ausgesetzt. Die Diskussion über eine deutsche Neutralisierung sei — ich zitiere Kurt Schumacher wörtlich — „ein nicht unwichtiger Bestandteil der politischen und psychologischen Taktik der Sowjetrussen mit dem Ziel der Schwächung und Lähmung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland“. So also urteilte damals auch die Opposition, und sie hatte Recht damit. Niemals hätte der frühere SPD-Vorsitzende ahnen können, daß dank der Haltung seiner eigenen Partei der Note Stalins heute, viele Jahre später, ein Erfolg vergönnt sein

sollte: der Erfolg — wie er es formuliert hatte — einer „Schwächung und Lähmung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland“.

### Neue Dolchstoßlegende

Es ist bestürzend zu sehen, mit wieviel Verachtung für das geschichtliche Tatsachenmaterial heute eine Dolchstoßlegende zurechtgekleistert wird. Ich stelle daher folgendes fest:

In nicht weniger als 10 Entschlüssen hat der Bundestag einmütig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten — natürlich ohne die Kommunisten —, als Voraussetzung einer Wiedervereinigungspolitik in Frieden und Freiheit freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament unter internationaler Kontrolle gefordert. Bis zum September 1955, d. h. bis in die Tage nach der Moskau-Reise des Bundeskanzlers, liegen solche einmütigen Entschlüsse vor. Die Daten lauten:

- 14. September 1950,
- 9. März 1951,
- 27. September 1951,
- 6. Februar 1952,
- 3. April 1952  
(also nach der jetzt immer wieder ausgetragenen sowjetischen Note vom 10. März 1952),
- 10. Juni 1953,
- 10. Dezember 1953,
- 25. Februar 1954,
- 26. Februar 1955,
- 23. September 1955.

Wenn man diese Dokumente auf sich wirken läßt und dabei die langjährige Einmütigkeit des Bundestages in diesem Kardinalpunkt der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit feststellt, dann ist man bestürzt über den Kurswechsel, der bei den Sozialdemokraten unter dem Eindruck des ständigen sowjetischen Neins zu freien Wahlen und damit zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit eingetreten ist. Ich kann diese Entwicklung bei den Sozialdemokraten nicht anders bezeichnen als eine Kapitulation in Raten.

Und nun der schlagendste Beleg dafür, wie völlig frei erfunden die Dolchstoßlegende ist: Herr Ollenhauer hat in seiner Rundfunkrede der Bundesregierung vorgeworfen, sie habe auf der Berliner Konferenz 1954 jeden Versuch unterlassen, ein positives Ergebnis der Verhandlungen zu erreichen. Hatte er dabei wirklich ganz vergessen, was der Bundestag damals nach Abschluß der Berliner Vierer-Konferenz am 25. Februar 1954 einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD, beschlossen hat? Ich zitiere wörtlich:

„Aus den Stellungnahmen des sowjetischen Außenministers geht eindeutig hervor, daß die Sowjetunion heute nicht willens ist, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzulassen. Der Deutsche Bundestag dankt den Außenministern der Westmächte, daß sie sich mit großer Entschiedenheit für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eingesetzt haben.“

Es ist tief bedauerlich, daß die gegenüber den Sowjets geschlossene Haltung des Bundestages inzwischen zerbrochen ist. Wir müssen mit Erschütterung feststellen, daß die Propaganda der Sowjet-Noten unsere zunächst einheitliche Ausgangsposition erheblich geschwächt hat. In der Tat ein bedeutender Erfolg der sowjetischen Zermürbungstaktik! Die Sowjetunion kann sich heute

darauf berufen, daß die Opposition offenbar zu größeren Zugeständnissen bereit ist als die Bundesregierung.

Die jetzige Auseinandersetzung in Deutschland ist darüber hinaus geeignet, Mißtrauen in der freien westlichen Welt hervorzurufen. Dort fragt man: Werden die Deutschen wieder wie vor 25 Jahren leichtfertig einen abenteuerlichen Alleingang wagen? Wollen sie, ohne die Konsequenzen überhaupt zu bedenken, um bloßer Spekulationen und Illusionen willen preisgeben, was sie heute haben: die Unterstützung des Westens? Lassen sich denn dafür Wiedervereinigung, Entspannung, Befreiung von der Rüstungslast und Sicherung gegen Atomgefahr eintauschen? So einfach liegen die Dinge leider nicht. Eine Wendung der deutschen Politik zum Neutralismus würde in der ganzen freien Welt als eine grundsätzliche Absage gewertet. Das noch immer höchst labile Vertrauen „in die Deutschen“ würde mit einem Schlage zerstört.

### Mißbrauch der christlichen Botschaft

Nun noch zu einem besonders bedauerlichen Punkt der Bundestagsdebatte:

Es muß uns mit tiefer Sorge erfüllen, daß ein Redner der SPD in der Bundestagsdebatte die uns als Christen auferlegte Pflicht zur Abwehr des atheistischen Bolschewismus in Zweifel ziehen will mit dem Satz, daß „Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“. Wir bedauern zutiefst, daß dieser Sprecher sich nicht gescheut hat, ein Kernstück des christlichen Glaubens, die Botschaft von der Erlösung, als Schlagwort in einer politischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen. Kein Zweifel, daß diese Äußerung unsere schwer um ihre Glaubensfreiheit ringenden Brüder in der Sowjetzone in Gewissensnot bringen und vielleicht auch unter Christen in der Bundesrepublik Verwirrung stiften kann.

Christus ist sicherlich auch für seine Widersacher gestorben, aber um sie zu überwinden. Er hat nicht etwa die Sache der Widersacher zu seiner Sache gemacht. Er hat vielmehr gesagt: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

### Treuhänder für das ganze Vaterland

Debatten wie diese rufen in uns allen immer wieder die Frage wach: Was ist des Deutschen Vaterland? Die Antwort lautet: Das ganze Deutschland. Auch wenn das Vaterland geteilt ist, so ist es uns doch erhalten geblieben. Die 52 Millionen Deutsche in der Bundesrepublik sind die berufenen Sprecher, sie sind die berufenen Treuhänder für das ganze Vaterland. Der freie Teil Deutschlands hat die Verpflichtung, für den unfreien Teil zu sorgen. Nur solange wir frei und einig sind, solange können auch jene von uns getrennten 17 Millionen Deutsche auf den Tag der Freiheit hoffen. Wir teilen die Auffassung des Präsidenten Abraham Lincoln: „Nichts ist endgültig geregelt, das nicht gerecht geregelt ist.“

### Uneinigkeit erhöht den Preis der Wiedervereinigung

Ein Blick in die verschiedenen Sowjetnoten zeigt, wie sehr die Sowjets darauf aus sind, die deutsche Uneinigkeit zu nähren, die Gegensätze in der innerdeutschen Diskussion zu ihren Gunsten auszubeuten. Sie greifen begierig nach jedem Ansatzpunkt, der die jahrelang geschlossene deutsche Front für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu durchbrechen erlaubt. Die Herabminderung und psychologische Abwertung der deutschen Vorstellung von Frieden und Freiheit droht die Erwartungen der Sowjets in bezug auf den künftigen Preis für eine deutsche Wiedervereinigung in die Höhe zu treiben. Es muß daher wieder möglich werden, die innerdeutsche Dis-

kussion so zu führen, daß sie nicht in sowjetischen Propagandanoten einen gegen den deutschen Selbstbehauptungswillen gerichteten Niederschlag finden kann. Wir müssen darauf dringen, daß der Umfang einer möglichen Verständigung in sorgfältigen, geduligen diplomatischen Verhandlungen erarbeitet wird — in Verhandlungen, wie sie derzeit auf einigen Gebieten von einer deutschen Delegation in Moskau geführt werden.

Unsere jüngste Auseinandersetzung über den Weg der deutschen Außenpolitik hat die deutsche Sache in der Welt leider wenig gefördert. Eins sollten wir aber niemals vergessen: Die deutsche Nation wird sich in Frieden und Freiheit nur behaupten, wenn sie entschlossen bleibt, sich auch unter Opfern zu verteidigen. Wir dürfen nicht in Raten kapitulieren. Nur wenn wir einmütig sind, können wir über die deutschen Lebensfragen mit Erfolg verhandeln.

## SPEKULATION AUF WUNDER

Eine Antwort an Dr. Heinemann

von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Seit dem ost-westlichen Notenwechsel im Jahre 1952 hat sich nicht wenig in der Welt geändert, aber es besteht bei genauem Hinsehen — leider — kein Anlaß anzunehmen, daß sich die Vorstellungen der Sowjetunion in der Deutschlandfrage im Ziel seitdem irgendwie geändert hätten. Sieht man von der Unterschiedlichkeit in Ton und Aufmachung ab, so kehrt auch in der Methode das russische Konzept von 1952 in den Jahren 1957/58 einfach wieder. Denn die alte, gute Rang- und Reihenfolge: zuerst gesamtdeutsche Regierung, dann freie Wahlen, wird uns heute unter der Etikette „Deutsche Konföderation“ unverändert von neuem angeboten. Die russischen Noten von 1952 laufen ebenso wie die Ulbricht'sche Parole von der Konföderation und ihre offizielle Förderung durch den Kreml darauf hinaus:

1. Pankow zur Anerkennung zu verhelfen und damit die Spaltung Deutschlands zu vertiefen;
2. die politische Bewegungsfreiheit Deutschlands zu lähmen durch die Schaffung einer „Gesamtdeutschen Regierung“, die nicht aus freien Wahlen, sondern aus einer fifty-fifty-Delegation Bonns und Pankows hervorgehen soll;
3. die Bundesrepublik aus dem westlichen Sicherheitssystem herauszusprengen;
4. in ganz Deutschland auf unabsehbare Zeit dadurch ein sowjetisches Veto zu installieren, daß das Potsdamer Kontrollsystem wenigstens zeit- und teilweise wieder aufgenommen wird.

Das Ende: Bestenfalls die vollständige Neutralisierung, wahrscheinlicher aber die Entsicherung und wirtschaftlich-politische Zerrüttung auch Westdeutschlands.

### Die Antwort schuldig geblieben

Weil Herr Dr. Heinemann das entweder nicht sehen kann oder nicht sehen will, hat er auf Grund einer hoffnungslosen Mißdeutung des politisch-ge-schichtlichen Zusammenhangs

1. sich einen geschichtlich haltlosen Angriff nach dem anderen auf die CDU/CSU und den Bundeskanzler geleistet;
2. bei der SPD — übrigens inkonsequenterweise — Unterschlupf gesucht;
3. es in der Nacht vom 23. Januar 1958 unter Verzicht auf allen Bekennermut unterlassen zu sagen, daß und warum er eigentlich a) für die sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Pankow und für Ulbrichts „Konföderation“ ist, und b) für das entschiedene Einsteigen der SPD in die Neutralisierung Deutschlands.

Nach alledem ergibt sich die Frage an die — lauten Beifall klatschende — SPD: Will sie jetzt darauf zu-gehen? Will sie sich von Herrn Dr. Heinemann dahin

mitnehmen lassen? Will sie Dr. Heinemann eine neue Phase in ihrer Politik einleiten lassen mit dem nächsten Ziel der Anerkennung Pankows? Weder die SPD noch Herr Dr. Heinemann haben uns bis jetzt darauf eine Antwort gegeben.

### Verzicht ohne Gegenleistung

Stattdessen hat sich Dr. Heinemann in die Auseinandersetzung mit den Fragen der atomaren Bewaffnung gestürzt und die sozialdemokratische Politik der entschädigungslosen deutschen Vorleistungen auf diesem Gebiet nach Kräften unterstützt. Der entsprechende SPD-Antrag ist zwar in der Nacht vom 23. auf den 24. Januar 1958 ebenso abgelehnt worden wie jener, der in der großen Atomdebatte vom Mai 1957 von seiten der Sozialdemokraten vorgelegt wurde. Auch auf jede Gefahr der Mißdeutung hin muß aber gesagt werden, daß diese Ablehnung nach dem Willen der CDU/CSU nicht bedeutet, daß wir uns zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und zur Errichtung von Raketenbasen im Bereiche der Bundesrepublik offen oder insgeheim entschlossen hätten. Davon kann gar keine Rede sein. Ich stehe zu allem, was ich als Sprecher meiner Fraktion dazu im Mai 1957 vor dem Deutschen Bundestag gesagt habe. Doch ich kann nicht einsehen, welchen Gewinn Deutschland, welchen Vorteil die freie Welt im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung zwischen Ost und West von unserem einseitigen prinzipiellen Verzicht haben soll. Was die Sozialdemokraten dafür vorbringen, läßt sich im Ganzen wie im einzelnen hören. Aber es ist eine Spekulation; denn keiner kann auch nur im mindesten einen Beweis dafür antreten, daß ein solcher Verzicht eine allgemeine, Deutschland und der Welt zugutekommende Entspannung auch nur einzuleiten vermöchte. Sicher dagegen ist, daß ein solcher formeller Verzicht auch heute noch eine einseitige Vorleistung von deutscher Seite zu Lasten der Verteidigungskraft und Aktionsfähigkeit der NATO, also zu Lasten unserer Sicherheit bedeuten würde, ohne daß für diese Vorleistung auch nur die mindeste sowjetrussische Gegenleistung in Sicht wäre.

### Verhandlungen statt Spekulationen

Ich kann auch nicht einsehen, welchen Sinn es hätte, sich noch länger in die weitläufige Diskussion um die Chancen des Rapacki-Planes und ähnlicher Vorschläge einzulassen. Mit ihrer Verfechtung außerhalb der diplomatischen und nichtöffentlichen Verhandlungen am Konferenztisch kann nur dem totalitären Verhandlungspartner gedient werden. Er kann seine Chancen und seine Preise von vornherein danach einrichten. Wir aber haben gar nichts davon. Trotz der zweiten Bulganin-Note und der katastrophalen Minsker Rede von Herrn Chruschtschow veretrete ich darum die Meinung, daß in dieser Phase der

Bemühungen um Frieden, Sicherheit und nationale Einigung die Bundesregierung den ersten Bulganin-Brief unter dem Aspekt der allgemeinen Feststellungen des Bundeskanzlers auf der Pariser NATO-Konferenz zur Grundlage ihrer weiteren energischen, geduldigen und entschiedenen politisch-diplomatischen Bemühungen machen sollte. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, hat am 7. Januar 1958 seinem Nachfolger im Amt empfohlen, der sowjetrussischen Regierung jede, aber auch jede Gelegenheit zu geben, den Wahrheitsbeweis für die Beteuerungen ihrer papierernen Friedensoffensiven anzutreten.

Ich spreche für mich, wenn ich im Blick auf diese vordringliche Aufgabe der Deutschland- wie der Welt-politik von heute der Meinung Ausdruck gebe, daß dem zur Zeit alle anderen Erwägungen nach- und untergeordnet werden sollten. Das heißt praktisch, daß in dieser Stunde die Fragen der Prozedur und der Methode den Vorrang haben sollten vor allen möglichen, unbestritten höchst bedeutsamen materiellen politischen Problemen. In diesem Stadium, in dem um die rechte Prozedur, also um einen praktischen, aussichtsreichen Weg, gerungen wird, sollten von deutscher Seite weder in der einen noch in der anderen Richtung Entscheidungen erfolgen. Das heißt, die Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Rüstung der NATO sollte jetzt weder in positiver noch in negativer Hinsicht entschieden werden. Der Aufbau unserer Streitkräfte muß und wird unabhängig davon selbstverständlich solange weitergehen, bis wenigstens die ersten Stufen eines wenn auch noch so bescheidenen, aber realen Abrüstungsabkommens wirksam werden.

Zusammengefaßt: Wir wollen Verhandlungen. Wir wollen sie ernst, redlich und deshalb ohne das seither übliche Brimborium und die Verzerrungen des propagandistischen Kampfes. Deshalb drängen wir an den Verhandlungstisch der Diplomaten.

### Konföderation indiskutabel

Inzwischen ist eine neue Botschaft Bulganins an Präsident Eisenhower bekanntgeworden: Eine Gipfelkonferenz soll sich mit einem Katalog von neun Punkten befassen, aber die Deutschland-Frage nicht berühren, sondern sie Bonn-Pankow überlassen. Wenn es dabei bleibt, wird die auch von uns gewünschte Konferenz vermutlich gar nicht zustandekommen oder ergebnislos bleiben und dann so oder so zur weiteren Zementierung des Status quo beitragen. Wenn die Sowjets das im Sinne haben sollten, dann dürfen wir ihnen dabei nicht auch noch behilflich sein. Deshalb sollte jetzt — jedenfalls von deutscher Seite — nicht in eine laute Auseinandersetzung mit den Vorstellungen eingetreten werden, die die Sowjets mit den einzelnen Punkten ihres Kataloges verbinden, sondern es sollte mit größtem Nachdruck die ganz unabwiesbare Forderung vertreten werden, daß die Deutschland-Frage in Gestalt der Frage des Friedensvertrages auf die Tagesordnung dieser Ost-West-Konferenz gesetzt wird. Es schlug alle ins Gesicht, wenn die Sowjets ihre monotone Formel von der Einigung zwischen Bonn und Pankow auch noch so überspannen würden, daß sie uns aufgaben, den Friedensvertrag Deutschlands statt mit den Siegermächten von 1945 mit ihren Pankower Satelliten auszuhandeln.

Die Elemente dieses Friedensvertrages: politischer Status, Reichsgrenzen und künftiges Sicherheitssystem, müssen selbstverständlich zwischen den Siegermächten und zugleich oder danach mit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Reichsregierung verhandelt werden. In diesem Zusammenhang muß ausdrücklich festgesetzt werden: Eine Ost-West-Konferenz ist — in schar-

fem Gegensatz zu den Baupflichten Heinemanns — noch niemals nach unserem Willen gezwungen gewesen, die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für einen Friedensvertrag durch Übereinkünfte zur internationalen Entspannung und zu einem vertretbaren Verfahren in der Deutschland-Frage von der vorherigen Durchführung freier Wahlen abhängig zu machen. Es ist einfach nicht wahr, wenn Dr. Heinemann heute behauptet, daß die Forderung: „Zuerst freie Wahlen!“ eine vorherige Übereinkunft der Weltmächte über Fragen der internationalen Entspannung, der Strategie usw. verhindert oder ein Junktim von Abrüstung, Sicherheit und freien Wahlen unmöglich gemacht habe. Es ist deshalb auch nicht wahr, wenn Dr. Heinemann der Meinung ist, daß die uns von ihm und seinen Freunden zugeschriebene „Politik der Stärke“ gescheitert sei und wir darum die bisher von uns vertretene Rang- und Reihenfolge aufgeben und uns der russischen Reihenfolge bzw. der russischen Forderung der Konföderation zuwenden müßten. Das tun wir nicht! Niemand hat, selbst in der turbulenten Auseinandersetzung vom 23. Januar 1958, im Bundestag den Mut gehabt, das zu verlangen! Wir notieren das ausdrücklich für den Fall, daß später wieder einmal das Legenden- und Märchenerzählen losgeht.

### Nur die halbe Wahrheit

Statt sich mit den vor uns stehenden, unsere ganze Kraft und Bewegungsmöglichkeit in Anspruch nehmenden Aufgaben zu befassen, haben sich die Herren Dehler und Heinemann in einen Mythos über die Vergangenheit gestürzt. Herr Dr. Dehler hat überhaupt nichts beigetragen zu den gegenwärtigen und künftigen politischen Aufgaben. Und Herr Dr. Heinemann hat sich außer der fatalen Deutung des politisch-geschichtlichen Zusammenhanges im Lichte der sowjetischen Propaganda und seiner eigenen Neutralisierungsidee darauf beschränkt, sich mit derselben Absolutheit, mit der er sich vor acht Jahren einem deutschen Sicherheitsbeitrag in der EVG widersetzt hat, nun auch der weiteren Einbeziehung der Bundeswehr in die NATO zu widersetzen. Genau wie vor acht Jahren hat er sich auch jetzt dabei mehr ideologischer als politischer Argumente bedient. Er hat in seinem Auftreten im Bundestag keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich in dieser Sache nicht nur für den legitimierten Sprecher der deutschen evangelischen Christenheit, sondern auch für den Sprecher des Weltprotestantismus hält. Er hat seine Legitimation mit der Berufung auf eine Reihe von Synodal- und anderen kirchlichen Erklärungen zu belegen gesucht. Er war dabei nicht sehr wählerisch. Denn neben so ehrwürdige Kirchen wie die Württembergische Evangelische Landeskirche und so bedeutende Instanzen wie den Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen stellt er ganz unbefangen auch Formationen, die schon immer den Kern seiner kirchlichen und politischen Gefolgschaft gebildet haben, wie die Rheinische Pfarrbruderschaft. Allen diesen, von Herrn Dr. Heinemann ausführlich zitierten Verlautbarungen aber ist in der Tat die Verwerfung der atomaren Waffen und der Massenvernichtungsmittel überhaupt gemeinsam.

Der Eindruck, der sich dem ahnungslosen Zuhörer bei der Rede Dr. Heinemanns aufdrängte, ist unweigerlich der, daß sich die evangelischen Kirchen der Welt in einer Art geistiger und politischer Generalmobilmachung unter dem Fähnlein der Sozialdemokraten Deutschlands zu sammeln begännen. Es ist kein Zweifel: Dr. Heinemann hat richtig zitiert; aber es gehört zu den großen Kunststücken dieses Redners, daß er es mit lauter wahren und richtigen Zitaten fertiggebracht hat, rund und genau nur die halbe Wahrheit zu sagen. Denn im Munde Heinemanns wirkten

diese Erklärungen so, als ob der Weltprotestantismus mit größter Entschiedenheit hinter den politischen Konzeptionen Dr. Heinemanns und seiner neuen Partei stünde. Der Harmlose und der in kirchlichen Dingen Ahnungslose kann daraus den Eindruck gewinnen, als ob im genauen Gegensatz zu der Geschichte der letzten hundert Jahre nunmehr die Synoden der evangelischen Kirchen Parteirekruten der SPD stellten.

### **Aufgabe und Grenzen der Kirche**

Was ist die Wahrheit? Sie ist schlicht und einfach: Die Kirchen haben mit Recht die Massenvernichtungsmittel verurteilt, ja sie haben jede neue kriegerische Auseinandersetzung überhaupt verdammt. Warum sollten sie es nicht tun? Sie sind dazu berufen und in die Welt gestellt, der Versöhnung das Wort zu reden und dem Frieden zu dienen. Aber sie sind nicht dazu berufen, politische Entscheidungen zu treffen und mündigen Christen politische Weisungen zu geben. Es ist ohne Zweifel so, daß es einige Äußerungen kirchlicher Organe gibt, in denen diese Grenzen überschritten sind. Sie haben keinen Anspruch darauf, in anderer Weise gehört zu werden als das Wort jedes besorgten und nachdenklichen Staatsbürgers. Das aber sind Ausnahmen. Die große Mehrheit der synodalen Äußerungen zu den Problemen des Krieges und der Massenvernichtungsmittel liegt genau auf der Linie der Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen von New Haven. Diese Erklärung ist ein Ruf an alle Staaten und Mächtegruppen dieser Welt. Er unterscheidet sich von dem, was Heinemann offenbar aus ihm macht, ganz grundsätzlich dadurch, daß er die Massenvernichtungsmittel auf allen Seiten verwirft, ohne von der einen oder anderen eine Vorleistung im Verzicht zu fordern.

Ich frage Herrn Dr. Heinemann, worin sich dieser Ruf und die darin zum Ausdruck kommende Gesinnung unterscheiden von dem, was die Bundesregierung und die CDU/CSU von Anfang an nicht müde geworden sind mit Nachdruck zu vertreten, nämlich die Notwendigkeit einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung nicht nur der atomaren, sondern auch der konventionellen Waffen? Falls Herr Dr. Heinemann den Eindruck erwecken möchte, daß die kirchlichen Verlautbarungen von evangelischer Seite zum Problem des Krieges und der Massenvernichtungsmittel im ganzen eine konkrete Unterstützung der einseitigen Verzichtsforderung der deutschen Sozialdemokraten im Auge hätten, dann würde er damit die Grenze der Wahrheit entschieden überschreiten. Ich wiederhole, daß die Entschließungen der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Weltrates der Kirchen niemals auf etwas anderes gerichtet waren als auf die allgemeine Entspannung und auf die gegenseitige kontrollierte Abrüstung der atomaren und der konventionellen Waffen.

### **Kein Recht mehr zum Widerstand?**

Hier ist die markante Grenze, die die Haltung des Bundestagsabgeordneten Dr. Heinemann von der der Evangelischen Kirche in Deutschland unterscheidet. Wenn Herr Dr. Heinemann fortfahren sollte, diese Grenze geflissentlich außer Sicht zu bringen, dann ist es die schlichte Pflicht der Kirche, dafür zu sorgen, daß diese Grenze gesehen wird und im Bewußtsein der Öffentlichkeit bleibt. Einstweilen freilich wundern sich nicht wenige evangelische Christen in Deutschland über das episkopale Plazet, das eine führende Gestalt des deutschen Luthertums dieser Rede öffentlich zuerkannt hat. Ein Merkmal dieser Rede sei — so ist in jenem bischöflichen Lob zu lesen — „ihre christliche Ausrichtung“. Das gegenwärtige deutsche Parlament habe eine „so unmittelbare und so substantielle christ-

liche Redeweise wahrscheinlich noch nicht gehört“. Heinemanns Satz, daß „Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“, könne von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden. Nun, wir erlauben uns, anderer Meinung zu sein. Erstens widerstrebt es uns — und hier spreche ich mit einem bekannten Sozialdemokraten —, Herzstücke unseres Glaubens auf dem Jahrmarkt auszustellen oder in der politischen Arena als Kampf- und Propagandathesen vorgestellt zu bekommen. Zweitens hat Heinemann auch mit diesem Satz nur eine halbe Wahrheit gesagt, ja am Entscheidenden, um das es auf der Ebene der Politik geht, prompt vorbeigesprochen. Es ist wahr: Der Erlöser der Menschheit ist nicht gegen Karl Marx gestorben. Er ist auch nicht gegen Adolf Hitler gestorben und auch nicht gegen Josef Stalin. Aber soll mit dieser Aussage die harte Spannung, der bittere Kampf zwischen dem militanten Atheismus oder dem doktrinären Totalitarismus und der christlichen und humanen Existenz ignoriert, bagatellisiert oder neutralisiert werden? Soll dieser Satz besagen, daß das Ringen der Christenheit mit dem militanten Atheismus um die Freiheit des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen und sein kreatürliches Recht in dieser Welt belanglos, ja unhaltbar geworden ist? Damit würde dem zynischen Terror jenseits der Zonen-grenze ein trefflicher Dienst geleistet! Sollen wir in jenem Satz Heinemanns trotz seiner unbezweifelbaren persönlichen Ablehnung der totalitären Diktatur einen Hinweis darauf erblicken, daß er diesen Kampf der Christenheit weder für notwendig noch für erwünscht hält?

### **Nicht auf Wunder bauen**

Heinemann hat in seiner bischöflich belobten Rede eine zweite Bemerkung gemacht, die den Christen wie den Nichtchristen stutzig machen muß. Er nannte den Begriff des Zwangsläufigen eine „atheistische Kategorie“. Auch hier wurden — ähnlich wie in jener denkwürdigen Erklärung, daß Gott uns zweimal die Waffen aus der Hand geschlagen habe — Gedanken und Grundeinstellungen sichtbar, die zwar jenseits politischer Überlegungen liegen, die aber dennoch nicht den Rang und die Würde christlicher Wahrheits-erkenntnis für sich beanspruchen können. Sind die Naturgesetze atheistische Kategorien? Gehören die unausweichlichen Folgen der Mißachtung sittlicher Gebote zu den Kategorien des Atheismus? Ist das Gesetz von Ursache und Wirkung eine atheistische Erfindung? Oder war es, um in der Ebene der Geschichte und damit der Politik zu argumentieren, atheistisch gedacht, als der Großstallmeister Napoleons, Caulaincourt, seinen Kaiser eindringlich vor den zwangsläufigen Folgen seines Rußlandfeldzuges warnte? War es atheistisch gedacht, als Generaloberst Beck Hitler vor einem Angriffskrieg und als andere Generale vor einem Zweifrontenkrieg warnten?

Nun, Herr Dr. Heinemann hat sich auf seinen Freund Gollwitzer berufen, von dem er diesen Gedanken bezogen hat. Der Theologe Gollwitzer hat sich dabei allerdings vorsichtiger ausgedrückt. Immerhin, wenn Heinemann mit seinem Satz sagen will, daß die Geschichte nach vorn offen ist, daß sie nicht nur von dem Kausalgesetz bestimmt wird, sondern daß auch Wunder geschehen können, so werden wir ihm dabei gewiß nicht widersprechen. Aber was bedeutet das für die Politik und den Politiker? Heißt das, daß er mit Wundern rechnen, auf Wunder spekulieren darf? Ist das Wunder nicht der ausschließliche Vorbehalt Gottes? Wie dürfte daraufhin von Menschen Politik gemacht werden? Es ist ein kapitaler Irrtum einer sich völlig mißverstehenden christlichen Politik, den Glauben an das Wunder zu einem konstruktiven Bestand-

teil der Politik zu machen und dafür auch noch eine besondere moralische Qualifikation in Anspruch zu nehmen!

### Nein zum totalen Risiko

Wenn Herr Dr. Heinemann von dem notwendigen Risiko der politischen Entscheidung spricht, so muß man ihm darin zustimmen. Aber er konnte es nicht erweisen, und er wird es auch in der Zukunft nicht erweisen können, daß seine Politik deshalb eine Verheißung habe, weil sie auf das große Wunder Gottes spekuliere, das geschehen müßte, um ein ungeschütztes Deutschland in der Mitte zwischen Ost und West zu bewahren vor der Unterwanderung und schließlich Unterwerfung durch den von Moskau gelenkten Weltbolschewismus. Die Gefahr für ein neutralisiertes Deutschland sehe ich noch nicht einmal in erster Linie darin, daß wir unter verhältnismäßig geringem Risiko für die Russen ihrem militärischen Zugriff wehrlos oder nahezu wehrlos ausgeliefert sein würden. Nein, ich sehe diese Gefahr vor allem in der allgemeinen Schwächung Deutschlands und seiner sich damit zwangsläufig ergebenden Anfälligkeit für den wachsenden russischen Druck, der sich wie ein Schatten über unsere politische Entscheidungsfreiheit legen würde, um sie schließlich völlig zu vernichten.

Wahrlich, es wäre ein Wunder Gottes, wenn ein neutralisiertes Deutschland davor bewahrt würde. Ein solches Wunder könnte geschehen. Aber ich frage: Darf unsere Politik, dürfen wir, die wir im Amt, im schweren Amt der politischen Verantwortung stehen, darauf spekulieren, dürfen wir es riskieren, eine Entwicklung einzuleiten, die, mit dem Abmarsch Deutschlands aus der NATO beginnend, nach sorgfältigem menschlichen Ermessen zwangsläufig zum Ruin des Vaterlandes führen würde? Dazu sagen wir als Christen, auch ohne jede Inanspruchnahme episkopaler oder synodaler Zustimmung oder Ermächtigung, nein! Das Mandat dazu haben wir, wie es das Gesetz befiehlt, von unserem Volk. Das genügt!

### Theologische Hintergründe

Die Ideen Heinemanns, auch seine politischen Ideen, ankeren in einer theologischen Vorstellungswelt, die präziser und eindrucksvoller als von Heinemann von dem Theologen Gollwitzer dargestellt wird. Sie laufen samt und sonders hinaus auf eine grundsätzliche Infragestellung des in den großen christlichen Kirchen aller Bekenntnisse überlieferten Rechtes zum Widerstand, auch zum Widerstand mit der Waffe. Die christliche Tradition hat damit ein Naturrecht des Menschen sanktioniert, geklärt und begrenzt. Mit einem Schlagwort, das dem Ernst des Problems, um das es hier geht, in keiner Weise gerecht wird, hat Dr. Heinemann darauf hingewiesen, daß die christliche Lehre vom Widerstandsrecht und vom Schwertamt des Staates im Zeitalter der Atomwaffen wenn nicht außer Kraft gesetzt, so doch höchst problematisch geworden sei.

In der Tat stellt Professor Gollwitzer kurzgefaßt die Behauptung auf, daß die Entwicklung der Waffentechnik das Recht auf Widerstand nicht nur quantitativ begrenze, sondern auch qualitativ aufhebe. Dies muß in Wirklichkeit auch die Konsequenz sein, wenn man mit den Voraussetzungen antritt, auf die sich Heinemann unter Bezugnahme auf Gollwitzer beruft. Von diesen seinen Voraussetzungen aus hat Professor Gollwitzer denn auch ganz konsequent die einseitige Abschaffung der Atomwaffen empfohlen. Daß dieses Verlangen sich in Anbetracht der minimalen Anfälligkeit des Kremls für subtile theologische Erwägungen praktisch nur an unsere Schutzmächte rich-

tet und darum allein zu Lasten unserer und der freien Welt Sicherheit geht, bedarf keines weiteren Wortes. Ein solcher einseitiger Verzicht des Westens auf atomare Waffen würde zur Folge haben, daß sich der Gegner geradezu herausgefordert fühlen würde, den Angriff zu wagen, da ein letztes Risiko damit nicht verbunden wäre. Ja, er brauchte in einer solchen Situation nicht einmal zur militärischen Aktion zu schreiten: er könnte auf Grund seiner absoluten waffenmäßigen Überlegenheit nahezu jede Forderung durch bloße Drohungen erzwingen.

### Mobilisierung der Angst

Ich kann Herrn Dr. Heinemann und die SPD nur davor warnen, die Macht in Deutschland erobern zu wollen mit dem Versuch, die Urangst der Kreatur vor der atomaren Vernichtung auszubeuten. Es ist das gute Recht der Opposition, um die Macht zu kämpfen, um das durchzusetzen, was sie für recht hält. Aber es ist in gar keiner Weise ihr gutes Recht, die Angst von Millionen schwer Heimgesuchter zu mobilisieren, um

*„Es ist leicht, radikale Forderungen zu erheben und das Pathos des Unbedingten zu kultivieren, wenn man selber nicht genötigt ist, verantwortlich zu handeln und verantwortliche Entscheidungen zu treffen, wenn man also nicht in jenem Raum, den die evangelische Theologie das „Reich zur Linken“ nennt, mit gegebenen Bedingungen konfrontiert ist, sondern wenn man in der Etappe des betrachtenden Kritikers verweilen und sich mit der Rolle begnügen darf, ein Zwischenrufer im Parkett der Geschichte zu sein.“*

HELMUT THIELICKE

politische Experimente zu machen, die — mindestens einstweilen — so unerhörte Risiken in sich bergen, daß sie, jedenfalls nach unserer gewissenhaften Prüfung, dem deutschen Volk und der freien Welt nicht zugemutet werden können.

### Der Verantwortung bewußt

Wir müssen bereit sein, jederzeit die Verantwortung für das zu übernehmen, was mit unserem Willen in dem Bereich geschehen ist, in dem wir ein entscheidendes Wort zu sagen haben. Wir können und wir wollen nicht in Anspruch nehmen, daß wir bei unseren Entscheidungen irrtumsfrei und fehlerlos wären. Wir müssen auch den Mut haben, uns jederzeit besserer Einsicht zu fügen, und wir müssen frei sein, unsere Methoden und Entscheidungen nach dem Gebot der Stunde zu überprüfen und notfalls zu wandeln. Aber wir sind nicht bereit, die Verantwortung für das zu übernehmen, was über unseren eigenen tatsächlichen Wirkungsbereich — sei es wenig, sei es weit — hinausgeht. Und wir sind schon gar nicht bereit, uns ungerechtfertigten Anklagen zu beugen. Weder die Verketzerung unseres guten Willens noch die gegen uns gerichtete Ausbildung von Legenden, deren politische Wirkung sich mit der Dolchstoßlegende nach dem ersten Weltkrieg messen kann, werden uns veranlassen, auch nur einen Schritt zurückzugehen.

Ich widerrate auf das entschiedenste, in die überhitzte Debatte mit der gleichen Leidenschaft wie unsere Gegner einzutreten. Aber das deutsche Volk kann sich darauf verlassen, daß wir uns schützend und kämpfend vor den Mann stellen, der Deutschland mehr als alle anderen die Achtung der Welt zurückgewonnen und es aufrecht und gerade einem Ziel entgegengeführt hat, das jeder Verdächtigung und Verdunkelung trotzt. Wir sind durch das Feuer der Heimsuchung geschritten, wir haben darin Erkenntnisse gewonnen, die wir nicht preisgeben gedenken. Wir lieben den Frieden von ganzem Herzen. Wir begehren weder eine Weltmacht- noch eine Vormachtstellung, aber wir sind ebensowenig bereit, uns auch nur im mindesten dem zu unterwerfen, was an Terror und Erniedrigung jeden Tag von neuem siebzehn Millionen deutschen Brüdern und Schwestern zugemutet wird.

Wie sollten wir, die wir eine so ernste Verantwortung tragen, uns vertrauen dürfen, dabei die Loyalität gegenüber unseren Verbündeten in der freien Welt und die Solidarität mit ihnen auch nur einen Augenblick außer acht zu lassen oder zu verletzen! Wir, die wir doch jeden Tag am eigenen Volksleib verspüren, was

es heißt, in den Händen einer Macht zu sein, die von Moskaus Gnaden und nach den Grundsätzen des Weltbolschewismus regiert.

### Pankow zwischen uns und Moskau

Die Geißel von Pankow trifft uns alle. Sie steht mehr als alles andere zwischen uns und Moskau. Und gerade an sie werden wir unablässig verwiesen. Sollen wir davor kapitulieren? Nein, und zwar in keiner Hinsicht! Weder so, daß wir uns dem Verlangen des Kremls nach Anerkennung Pankows unterwerfen, noch so, daß wir uns durch dieses Verlangen davon abhalten lassen, unablässig nach gangbaren Wegen und geeigneten Methoden zu suchen, um zu einem brauchbaren Nachbarschaftsverhältnis mit Rußland, zu einer Verständigung über Entspannung und Frieden und zur Einigung der Deutschen zu kommen. Wir haben kein Recht, die Flinte ins Korn zu werfen und den Glauben aufzugeben, daß Gott es den Aufrichtigen gelingen läßt.

(aus einer Rede vor dem Landesparteitag der CDU  
Württemberg-Nord am 1. Februar 1958 in Stuttgart)

## „CHRISTUS NICHT GEGEN KARL MARX GESTORBEN, SONDERN FÜR UNS ALLE“

von Kultusminister Edo Osterloh

Diese Aussage sei eine Erkenntnis, hat Dr. Heinemann in seiner Bundestagsrede am 23. Januar 1958 behauptet, aus der sich die Folgerung ergebe, die er vorher ausgesprochen hatte: „Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus.“

Wir stehen vor der Frage, was Heinemann inhaltlich mit solchen Aussprüchen meint, und vor allen Dingen, ob es sich dabei in Wahrheit um christliche Erkenntnisse oder vielleicht um pseudo-religiöse, demagogische Irreführungen handelt. Die Berufung auf Christus muß von Heinemann in jener nächtlichen Stunde in Bonn sehr ernst gemeint gewesen sein, denn ein paar Augenblicke zuvor hatte er ausgerufen: „Die politische Differenz ist ja tief genug. Wozu muß sie mit dieser christlichen Parole überkleidet werden?“ Offenbar hat der frühere Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland seinen persönlichen politischen Weg von der CDU über die Gesamtdeutsche Volkspartei zur Sozialdemokratie nicht besser und nicht anders begründen können als eben mit einem ihm selbst an sich nicht sympathischen Hinweis auf die niemanden ausschließende Auswirkung des Opfertodes Christi. Zwar gibt es hervorragende Sozialdemokraten, die behaupten, ihre Partei habe sich vom Marxismus distanziert, und die es deshalb sicher nicht für erforderlich halten, den Marxismus zu verteidigen, wenn man für die sozialdemokratische Politik eintreten will. Aber es gibt zweifellos auch Sozialdemokraten, die bestreiten, daß der Kommunismus die einzig folgerichtige und gültige Auslegung des Marxismus darstelle, und den Anspruch erheben, die Sozialdemokratie sei gegenüber dem Kommunismus der legitimere Erbe von Karl Marx.

Es würde zur Klärung unseres Urteils beitragen, wenn Heinemann sich bereit finden könnte, auf die Frage zu antworten, ob er nunmehr zum marxistischen Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerechnet werden will und nicht etwa — wie man in weiten Kreisen vermutet hat — als „liberaler“ oder „bürgerlicher“ Sozialdemokrat angesehen werden möchte.

Sicher scheint jedenfalls, daß Heinemann mit seinen dogmatischen Äußerungen keine christliche Apologie

für den russischen Kommunismus vortragen wollte, denn er führte in den nächsten Sätzen aus: „Unsere politische Aufgabe“ bestehe darin, „das harte, das unerschütterliche Nein zum totalitären System zu verbinden mit dem Ja zur Nachbarschaft der totalitär regierten Ostvölker“.

Diese letzte Formulierung klingt bestechend, verliert allerdings auch an Wert, wenn man sie politisch in der Praxis anwenden will. Über die Notwendigkeit, von empirischen Gegebenheiten auszugehen, braucht nicht gestritten zu werden. Aber wer ist mit den totalitär regierten Ostvölkern gemeint? Sicher doch nicht die 17 Millionen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone! Und wie steht es um das Land jenseits der Oder-Neiße-Linie? Sind die Polen, die Ungarn, die Tschechen, die Jugoslawen mit dieser Etikettierung einverstanden? Verlangt das Ja zur Nachbarschaft eine moralische Billigung der Vorgänge in Ungarn? Wird diesen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung über ihr staatliches Schicksal abgesprochen? Soll diese „bejahte Nachbarschaft“ auf eine Sanktionierung des Status quo der politischen Mächteverteilung in Ost-Europa hinauslaufen?

Heinemann muß es sich gefallen lassen, daß wir wenigstens den ehrlichen Versuch machen, ihn ernst zu nehmen und deshalb auch weiter zu fragen: Womit soll „das harte, das unerschütterliche Nein zum totalitären System“ begründet werden? Er meint damit doch wohl den russischen Kommunismus. Vermutet Heinemann in allgemeinen humanitären Ideen, in den Menschenrechten der französischen Revolution die ausreichende Rechtfertigung für ein „hartes, unerschütterliches Nein“? Und glaubt er im Ernst nach den uns allen gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrungen, daß die Emanzipation des Individuums ausreicht als Kraftquelle zur Abwehr Leib und Leben bedrohenden Terrors und zur Erhaltung der Freiheit von Geist und Person?

Der religiöse Kaiserkult im Römischen Weltreich ist jedenfalls nicht durch die Schüler der griechischen Philosophie und auch nicht durch die Lehrer der

hellenistischen Aufklärung, sondern durch jene Märtyrer überwunden worden, die in ihrem Leben und in ihrem Sterben daran geglaubt haben, daß Christi Tod uns von allen Verführungskünsten, von allen Schrecken und sogar von der Vernichtungskraft irdischer Macht-haber befreit. Der Opfertod Christi hat die Gläubenden von jedem Aberglauben an Illusionen, an Selbst-erlösung und an die Allmacht weltgeschichtlicher Grö-ßen frei gemacht. Christi Tod hat triumphiert über die sich selbst vergötzenden Mächte der Zeit. Niemand sollte leugnen, daß Christus gegen den Pharisäismus sowie gegen den Cäsaropapismus in allen Modifikation- en gestorben ist.

Allerdings sollte niemand von uns vergessen, daß er in der Heilsgewißheit nur bestehen kann, solange er daran festhält, daß Christus „für uns alle“ gestorben ist — nicht etwa nur für die Gerechten, die Fehler-losen, die Tüchtigen, die Juden und die Griechen, die Menschen früherer Zeiten, sondern — trotz aller mei-ner Zweifel und meiner Unwürdigkeit — auch für mich. Das gehört zur Mitte des christlichen Glaubens. Deshalb hat Heinemanns Ausruf solchen Eindruck ge-macht und sogar das Lob angesehenen Kirchenmänner gefunden. Aber gerade deshalb muß auch der Sinn, den Heinemann dieser Aussage im Zusammenhang seiner Rede gibt, als geradezu verhängnisvoll und verderblich demaskiert werden.

Wer sich im christlichen Sinne darauf verläßt, daß Christus auch für ihn gestorben ist, der weiß, daß er selber mit in den Tod Christi hineingegeben ist, daß er mit ihm sterben muß, um mit ihm zu leben. Es ist keine Spielerei mit einer paradoxen Formulierung, sondern es dient der Erkenntnis der Wahrheit, wenn man sich eingesteht, daß der Tod Christi für uns zu-gleich der Tod Christi gegen uns ist. Denn wir müs-sen unsere Autonomie, unsere Selbstsucht, unsere Ich-behauptung gegen Gott, unsere eigene innerste Gott-losigkeit töten lassen, wenn die Glaubensaussage, daß Christus „für uns“ gestorben ist, Wirklichkeitsgehalt für uns bekommen soll.

## EVANGELISCHE STIMMEN ZUR BUNDESTAGSDEBATTE VOM 23. JANUAR 1958

**Bischof D. Wilhelm Halfmann, Kiel:**

### CHRISTUS UND KARL MARX

In der außenpolitischen Debatte des Bundestags am 23. Januar fiel folgendes Wort von Dr. Gustav Heinemann:

„Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus“. (Zurufe von der CDU/CSU: Sondern?) — „Sondern? Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“. (Stürmischer Beifall bei der SPD und FDP)

Bischof D. Lilje schreibt hierzu:

„Dieser Satz Heinemanns, der — leider! — noch oft zitiert werden wird, kann von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden. Man kann ihn gewiß nicht mit lehrhaften Hinweisen auf Taktfragen beantworten, sondern höchstens, indem man klar zu sagen versucht, warum ein solcher Satz nicht als Basis konkreter politischer Entscheidungen verwendbar ist.“

Wir wollen versuchen, uns klar zu machen, warum Dr. Heinemanns Satz nicht als Basis konkreter poli-tischer Entscheidungen verwendbar ist. Dazu ist es hilfreich, wenn man den Satz in die Form einer Schluß-kette bringt:

Heinemann hat in seiner Rede nicht von Karl Marx als einem privaten Individuum mit bestimmten Le-bensdaten gesprochen. Das Schicksal der Person Karl Marx sub specie aeternitatis ist menschlicher Erkennt-nis entrückt und von Gottes Geheimnis umschlossen. In jener Rede Heinemanns und für uns bedeutet dem-gegenüber die Nennung des Namens Karl Marx die Konfrontierung mit dem Marxismus, eben mit der Lehre, mit dem Lebenswerk, mit der unsere Zeit mit-bestimmenden geschichtlichen Mächtigkeit von Karl Marx.

Was es aber damit auf sich hat, hätte Heinemann sich z. B. von den zwölf-tausend Katecheten sagen lassen können, die in der sowjetisch besetzten Zone in der Form der christlichen Unterweisung ganz außerhalb des öffentlichen Schulwesens evangelischen Religions-unterricht erteilen. Heinemann selbst weiß genau, daß es in der Zone weltanschaulich gesehen nur einen ein-zigen Schultyp gibt: die orthodoxe Bekenntnisschule des atheistisch-historischen Materialismus. Die alltäg-liche Wirklichkeit des christlichen Lebens im Bereich des sowjetischen Machtblocks wird bestimmt durch den Kampf des Marxismus gegen den christlichen Glauben. In diesem Bereich muß es als zynisches Wortspiel empfunden werden, wenn jemand im siche-ren Westen die unangefochtene und scheinbar unan-fechtbare Behauptung aufstellt: „Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus!“

Christlicher Glaube kann nur am Leben bleiben, wenn und solange er zu unterscheiden vermag. Freilich be-steht seine Aufgabe nicht darin, dem Wirken Jesu Christi und der Bedeutung seines Todes Grenzen zu setzen; wohl aber muß er auf die schlichte Frage eine Antwort geben, ob er Lehre und Werk von Karl Marx für christlich oder für antichristlich hält.

Es scheint mir eine christliche Pflicht zu sein, mit Herrn Dr. Heinemann über die Unausweichlichkeit dieser Frage zu sprechen.

1. Christus ist für uns alle gestorben.
2. Christus ist also nicht gegen irgendjemand gestor-ben, heiße er Karl Marx oder Adolf Hitler — denn „es ist hier kein Unterschied unter Juden und Grie-chen; es ist aller zumal ein Herr, reich über alle, die ihn anrufen“ (Röm. 10, 12).

Nun fahren wir fort wie der Apostel Paulus:

3. „Wie sollen sie aber den anrufen, an den sie nicht glauben? Wie sollen sie aber an den glauben, von dem sie nichts gehört haben? Wie sollen sie aber hören ohne Prediger?“ (Röm. 10, 14).
4. „So kommt der Glaube aus der Predigt, das Predi-gen aber durch das Wort Gottes“ (Röm. 10, 17).

Der Satz von Dr. Heinemann (Ziffer 1 und 2) bewegt sich also auf der Linie von Predigt und Glaube; er führt in den Bereich der Kirche und nicht in den der Politik. Zu diesem Weg gehören Buße, Glaube, Wieder-geburt, Abtun des alten und Anziehen des neuen Men-schen. Dies alles ist absolut unpolitisch: es ist, wie Je-sus sagt, die „enge Pforte“ und der „schmale Weg“, die zum Leben führen.

Karl Marx war aber nun ein entschlossener Atheist und hat diesen Weg zum Leben radikal abgelehnt und verhöhnt und diese Haltung dem Bolschewismus ein-

gestiftet. Wollte man aus Heinmanns Satz in diesem Zusammenhang direkte politische Konsequenzen ziehen, so müßte man genau zu der von ihm bekämpften These kommen, nämlich: Christentum gegen Marxismus; christlicher Staat (wenn es den gäbe) gegen gottlosen Staat, im Konfliktfall Kreuzzug — was heute Atomkrieg bedeutet. Daran sieht man, daß aus Heinmanns Satz direkte politische Konsequenzen nicht gezogen werden dürfen.

Das gilt aber auch nach der entgegengesetzten Seite hin: Wenn man eine Politik daraus machen würde, daß Gott in Christo alle Menschen geliebt hat, dann müßten die Christen auf allen Widerstand verzichten und eine Politik des Friedens treiben, die die Existenz des eigenen Volkes aufs Spiel setzte. Da erhebt sich die Frage: Kann, ja darf ein Staat diesen Weg gehen? Würde er nicht damit seinem eigenen Auftrag untreu werden, der darin besteht, das Staatsvolk und all seine Güter zu hüten und zu schützen? Die Politiker, ob sie Christen sind oder nicht, sind doch gerade für diesen Staatszweck bestellt! Es ist ihnen nicht erlaubt, Staat und Volk um der Idee der allgemeinen Liebe willen aufzuopfern. Sie würden so gerade die Nächstenliebe, d. h. die Verantwortung für Existenz und Wohl des eigenen Volkes verleugnen. Auf den Sieg der Liebe aber über alle politischen Gewalten, und das heißt: über alle satanischen Mächte, in dieser argen Welt zu hoffen, bedeutet, das Wunder als politischen Faktor in Rechnung zu stellen. Dagegen steht die Warnung geschrieben: „Du sollst Gott, deinen Herrn, nicht versuchen.“

Ebenso wie Herr Dr. Heinemann den ersten Weg ablehnt, wird er auch den zweiten Weg nicht gehen wollen. Denn er ist ein Politiker, der für die Realitäten dieser Welt nicht blind ist, und ein Bundestagsabgeordneter, der amtlich zu einer Politik im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik verpflichtet ist. Sein Satz über Christus und Marx kann in der Politik keine praktischen Ratschläge geben, sondern nur als eine prophetische Mahnung Gehör beanspruchen: Vergeßt den Menschen im Gegner nicht! Wenn es heute um die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt geht und für uns Deutsche um die Wiederherstellung Deutschlands, so geht der Streit um die politischen Mittel und Wege — und dabei können Christen verschiedener Meinung sein. Denn jenes evangelische Wahrheitswort kann leider keine der zur Wahl stehenden Möglichkeiten als den Weg bezeichnen, der vor Gott der einzig richtige wäre.

**Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB,  
Wuppertal:**

## **DIE FRIEDENSBOTSCHAFT DER KIRCHE UND POLITISCHE VERANTWORTUNG**

Ich höre die Botschaft der Kirche gern und aufmerksam. Es ist die Aufgabe der Kirche, dem Frieden zu dienen und alles zu tun, was in ihrer Macht steht, dem Wettrüsten, insbesondere mit Massenvernichtungsmitteln, zu wehren. Es ist die Aufgabe der Kirche, Menschen und Staaten deutlich zu machen, daß Gott im Regimente sitzt und unsere Gewissen herausfordert.

Die Bundesregierung, getragen von der CDU/CSU, ist in der ihr obliegenden konkreten politischen Verantwortung dieser Botschaft nicht ausgewichen. Sie hat sich nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten zu einer konstruktiven Friedenspolitik und einem Verzicht der Gewaltanwendung als Mittel der Politik gegenüber West und Ost bekannt. Sie kann aber nicht, wie Heinemann es tut, die ihr anvertrauten Menschen in Bezug auf ihre Sicherheit auf Gott verweisen, wie es die Aufgabe der Kirche ist. Noch weniger kann

sie unter Außerachtlassung der realen Machtverhältnisse diese ihr anvertrauten Menschen der Güte und Freundlichkeit von Mächten und Menschen ausliefern, die in unserer Generation ideologisch und machtpolitisch ihren Expansionsdrang zur Genüge betätigt haben. Ihr ist politisch konkret aufgegeben — aber das läßt Heinemann notorisch außer acht —, alles, aber auch alles, auch das Unpopuläre, zu tun, was Menschen billigerweise zum Schutze ihres Friedens und ihrer Freiheit tun können und müssen.

Ihre konkrete politische Verantwortung ist es, mit den Mächten dieser Welt und der Bosheit von Menschen als Quellen der Bedrohung der ihr anvertrauten Menschen zu rechnen und die in ihrer Macht stehenden Maßnahmen im Ringen dieser Mächte und Menschen zu ergreifen, die ein höchstmögliches Maß an Sicherheit gewährleisten und das Risiko für mögliche Angreifer so groß machen, daß ein Angriff unmöglich wird. Der Krieg muß verhindert werden, er darf nicht durch herausfordernde Schwäche heraufbeschworen werden. Es geht darum, das deutsche Volk vor einem „München“ und vor ultimativem „friedlichen“ Terror zu bewahren, der uns mitten im Frieden der östlichen Sklaverei ausliefern könnte.

**Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, MdB,  
Frankfurt/Main:**

## **„CHRISTLICHE“ REDEN**

In der Bundestagsdebatte in der Nacht vom 23. zum 24. Januar griff Dr. Heinemann die Äußerung führender Katholiken im letzten Wahlkampf an, die gesagt hatten, es handle sich bei unseren innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen um einen Kampf zwischen Christentum und Marxismus. Dieser Auffassung setzte Dr. Heinemann die Worte entgegen, daß „Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“, und erhielt dafür lauten Beifall aus den Bänken der SPD und der FDP.

Mit diesem Wort Dr. Heinemanns, hineingesprochen in eine scharfe Auseinandersetzung über die Außenpolitik der Bundesregierung, ist, wie mir scheint, ein Mißbrauch mit dem Namen Christi getrieben worden, wie er bisher selten vorgekommen ist. Hier wurde das Herzstück des christlichen Glaubens zum politischen Schlagwort degradiert, in die politische Kampfsituation hineingeworfen. Es wurde demgemäß von den politischen Gesinnungsgenossen des Redners, Christen und Nichtchristen, mit kämpferischem Beifall quittiert. Schlimmer aber ist, wie Dr. Heinemann damit nicht nur den Takt, sondern auch die Wahrheit mißhandelt hat. Denn so, wie er diese Glaubensaussage gemacht hat, wird sie zur halben Wahrheit, die den Anschein erweckt, als habe mit dem Versöhnungstode Christi unsere Verwerfung pseudoreligiöser und materialistischer Irrlehren kein Recht mehr. Christus ist nicht nur für uns gestorben, er hat auch für uns gelebt und gelehrt. Wenn wir uns fragen, ob den Christen eine Weisung zur Beurteilung des Menschenbildes und der Gesellschaftslehre, die hinter dem Marxismus stehen, geboten ist, steht der ganze Inhalt der Bibel, also auch Leben und Lehre Christi, vor uns.

Auf evangelischer Seite wird man heute in der polemischen, politischen Gegenüberstellung von Christentum und Marxismus als feindlichen „Weltanschauungen“ zurückhaltender sein, als dies auf katholischer Seite üblich ist. Hier sind Unterschiede zwischen den Konfessionen sichtbar, wenn auch im Endergebnis, nämlich in der Ablehnung des dialektischen und historischen Materialismus, volle Übereinstimmung besteht. Daß der Katholik von diesem Gegensatz mit einer anderen Note spricht als der evangelische Christ, ist

aber nicht in einem Atem zu nennen mit dem Mißbrauch, den Dr. Heinemann mit seiner Berufung auf den Kreuzestod Christi getrieben hat.

Es mag sein, daß es in den ersten Jahren, als der Aufbau der Bundesrepublik begann, notwendig und erlaubt war, in parlamentarischen Auseinandersetzungen von den christlichen Grundlagen unseres Daseins zu reden. Nach dieser Äußerung von Dr. Heinemann kann man aber nur noch wünschen, daß künftig im Parlament Bibelworte und Bezugnahmen auf die christliche Lehre so sparsam und behutsam wie möglich gebraucht werden.

**Dr. Else Brökelschen, MdB, Goslar:**

## DEN MASSTAB VERLOREN

Ein Ausgangspunkt der besonderen Verantwortung des Christen in der Politik ist die biblische Verpflichtung, dem Staat zu geben, was des Staates ist. Hat Herr Dr. Heinemann das in seiner Rede getan? Er hat aus seinem bekannten und fast in jedem Satz spürbaren Ressentiment gegenüber dem Bundeskanzler keine Hemmung gehabt, die Vertraulichkeit interner Kabinettsvorgänge zu verletzen und aus dort gepflogenen Beratungen aus dem Zusammenhang gerissene Einzelheiten der Öffentlichkeit preiszugeben, soweit sie ihm zur Vervollständigung seines Bildes von dem verantwortlichen Leiter unserer Politik dienlich schienen. Wohin aber kommen wir in einem demokratischen Staat, wenn der Regierungschef nicht mehr die unbedingte Gewähr haben kann, daß die Mitglieder des Kabinetts, auch nach einem aus welchen Gründen auch immer erfolgten Ausscheiden, zu ihrer Verpflichtung der Vertraulichkeit stehen? Wird hier das Vertrauen zerstört, bleibt einem Regierungschef nur die Flucht in eine bedenklich einseitige Zusammensetzung seines Kabinetts oder dessen Ausschaltung von der Vorbereitung wesentlicher Entscheidungen — nicht aus einem Wohlgefallen an der Macht, sondern aus den Notwendigkeiten staatlicher Existenz.

Damit hängt ein anderes zusammen: Keiner bestreitet Herrn Dr. Heinemann das Recht und sogar die Pflicht, wenn er die Außenpolitik des Bundeskanzlers schon in ihren Ansätzen für falsch hält, das in entscheidender Stunde klar und scharf zu begründen und auf die Konsequenzen einer nach seiner Überzeugung verfehlten Konzeption hinzuweisen. Aber er muß es mit seinem Gewissen abmachen, ob es zu einer solchen Pflicht gehört, das Wollen und die Leistung eines Mannes als ein einziges staatsmännisches Versagen hinzustellen, der den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehren gebracht hat, dem es jeder Abgeordnete, der von der Rednertribüne des Bonner Parlaments spricht, zu verdanken hat, daß er in demokratischer Freiheit dort sprechen kann, und dem vor fünf Monaten mehr als 50 % des deutschen Volkes auf's neue ihr Vertrauen geschenkt haben.

Und ein Weiteres: Es gehört zu den Verpflichtungen gerade auch des christlichen Politikers, das Jetzt und Hier, in das er gestellt ist, mit wacher Nüchternheit anzugehen. Ich weiß nicht, ob Dr. Heinemann das bislang getan hat. Er sieht nicht und will nicht sehen, daß die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung ein unauflösbares Ineinander und Durcheinander von ideologischem Weltherrschaftsanspruch und nationalem, spätem Imperialismus darstellt, daß hier missionarischer Eifer und brutaler Machthunger sich gegenseitig bedingen und rechtfertigen. So erliegt er — und leider nicht nur er im evangelischen Bereich — den Versuchungen dialektischer östlicher Propaganda und verliert jeden Maßstab zur Beurteilung der politischen

Wirklichkeit. Hier ist der wirkliche Grund, warum er sich von der CDU trennen mußte.

Herr Dr. Heinemann ist als Politiker gescheitert. Bedauerlich wäre es, wenn er nun weiter die Rednertribüne des Bundestages benutzen würde, um seine politischen Auffassungen durch Berufung auf Zeugen und Zeugnisse aus dem Raum der evangelischen Kirche glaubhafter zu machen. Solche Bemühungen geraten allzu leicht in die Gefahrenzone der Demagogie. Zudem wird auch Dr. Heinemann nicht bestreiten wollen, daß ein Wort der Kirche in schicksalsschweren Stunden unseres Volkes trotz seines ganzen Gewichtes keinem evangelischen Politiker die Verpflichtung abzunehmen vermag, Entscheidungen in letzter eigener Verantwortung vor Gott zu fällen.

Das Bedrückendste an der Rede Dr. Heinemanns aber war der Satz: Christus sei nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben. Man muß wünschen, daß er theologisch ihm selbst Unruhe macht, weil er eine dialektische Betrachtungsweise enthüllt, die z. B. auch die schweren Auseinandersetzungen der evangelischen Kirche in der Sowjetzone in unvertreibar Weise zusätzlich belasten muß. Darüber hinaus tragen solche einleuchtend formulierten Halbwahrheiten die große Gefahr in sich, als Schlagwort unsere an sich schon gefährlich geladene politische Atmosphäre mit weiterem Zündstoff zu versehen. Alles in allem wäre — und es ist eine Pflicht, das offen zu sagen — der gemeinsamen evangelischen Sache ein schlechter Dienst getan, wenn Dr. Heinemann seiner ersten Rede im Bundestag ähnliche folgen lassen würde.

**Rechtsanwalt Arved Deringer, MdB,  
Weil der Stadt/Württ.:**

## UM WAS ES GEHT

An dem Satz Heinemann: „Es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“, ist der Nachsatz unbestreitbar richtig. Aber ging es denn in unserer außenpolitischen Debatte tatsächlich um diese Erkenntnis? Ging es nicht vielmehr darum, wie wir unsere Familien, unser Volk und unsere Demokratie, die — bei all ihren Schwächen — doch ein Leben in Freiheit erlaubt, gegen das totalitäre System des Bolschewismus schützen können, dem selbst Heinemann „das harte, das unerschütterliche Nein“ entgegenzusetzen will? Die Liebe zum russischen Bruder entbindet uns nicht davon, die Ideologie des Bolschewismus als die Ideologie des „Tieres aus dem Abgrund“ zu erkennen und zu bekämpfen. Es wird mir immer unverstänglich bleiben, wenn ausgerechnet einige von denjenigen, die den wahren Charakter des „Dritten Reiches“ als erste sahen, heute dem bolschewistischen Staat so viel Vertrauen entgegenbringen.

Ich bekenne offen, daß die Entwicklung der Atomwaffen und die damit verbundenen Fragen mein Gewissen bedrücken, und ich danke jedem, der aus echtem christlichen Anliegen heraus — nicht aus politischen Gründen — immer wieder auf diese Fragen hinweist. Hieße die Alternative: „Hie Atomwettgerüst — hie friedliche Verhandlungen“, so wäre die Antwort leicht. In Wirklichkeit lautet die Fragestellung jedoch — was oft übersehen wird —, ob der Weltfrieden eher erhalten bleibt durch ein Gleichgewicht der Atomrüstung oder dadurch, daß eine Seite auf Atomwaffen verzichtet. Der überzeugte Kriegsgegner Einstein hätte wohl kaum, als er von einer angeleglichen deutschen Atomwaffe hörte, in völliger Umkehr seiner bis dahin eingenommenen Haltung Roosevelt zur Entwicklung der Atombombe auf-

gefährdet, wenn er nicht geglaubt hätte, damit die Welt vor Hitlers Willkür zu retten.

Gewiß kann und soll ich als Christ in bestimmten Situationen für mich selbst auf menschliches Kalkül, auf die Verteidigung mit menschlichen Kräften verzichten und es allein dem Herrn überlassen, ob er mich vor dem Bösen bewahrt. Als Politiker aber stehe ich in dem Dilemma, dem Bösen auch mit der Gewalt dieser Welt widerstehen zu müssen. Das ist ja die Tragik dieser Welt, daß „starke Hände nicht rein und reine Hände nicht stark sein können“ (Reinhold Schneider). Ob ich mich aber für den Weg der Verteidigung entschieße und damit zum Mittel der Macht greife, oder ob ich auf eine angemessene Verteidigung verzichte und damit mein Volk dem Risiko aussetze, vom Bolschewismus überrannt zu werden, — in jedem Falle kann ich mich schuldig machen. Dies sollten auch diejenigen erkennen, die heute meinen, ihre Entscheidung sei die für einen evangelischen Christen allein mögliche. Auch für sie gilt schließlich: „Das aber sage ich und nicht der Herr.“

Ltd. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs,  
Düsseldorf:

### DR. HEINEMANN ZITIERT DEN EVANGELISCHEN ARBEITSKREIS

In seiner Rede vom 23. Januar 1958 hat Herr Dr. Heinemann den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU genannt und Worte aus dessen Entschlie-ßung zum Thema: „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“ auf seiner ersten Bundestagung vom 14. bis 16. März 1952 in Siegen zitiert. Als einer, der dabei gewesen ist und die Entstehung der „Siegener Erklärung“ miterlebt hat, habe ich dazu folgendes festzustellen:

Das Zitat Dr. Heinemanns ist in seinem Wortlaut zutreffend, aber es wurde aus dem Zusammenhang der gesamten Erklärung gerissen und sollte in seiner Isolierung und Kommentierung die Vorstellung erwecken, der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU habe damals der Bundesregierung an Stelle ihrer bisherigen Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands einen anderen und besseren Weg zeigen wollen, den einzuschlagen sich aber der Bundeskanzler geweigert habe. Eine solche Mißdeutung des Siegener Wortes darf um der Wahrheit willen nicht unwidersprochen bleiben.

Aus einem unvoreingenommenen Studium dieser umfassenden Erklärung ergibt sich, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Weg und Ziele der Bundesregierung mit Ernst geprüft hat und dabei zu der einmütigen Überzeugung gekommen ist, daß ein anderer Weg der deutschen Politik nicht möglich sei. Ausdrücklich wird festgestellt, daß Deutschland zu einer Entscheidung zwischen Ost und West genötigt sei. Irgendeine Form der Neutralisierung zwischen den Mächten sei unmöglich und eine politische Entscheidung für den kommunistischen Osten nicht denkbar. In diesem Zusammenhang wird der bevorstehende Abschluß der Verträge mit den Westmächten begrüßt, ein deutscher Verteidigungsbeitrag bejaht und die allgemeine Wehrpflicht als die am besten geeignete Form des Wehrdienstes bezeichnet. Ziel des Verteidigungsbeitrages sei, Europa und mit ihm Deutschland so stark zu machen, daß der Osten keinen Angriff riskiere. Der Verteidigungsbeitrag sei das wirksamste Mittel zur Sicherung des Friedens.

Zu der ihn besonders bewegenden Frage, ob durch einen Verteidigungsbeitrag die unheilvolle Trennung beider Teile Deutschlands noch verstärkt werde, er-

klärt der Arbeitskreis, daß er den Verteidigungsbeitrag nicht nur im Interesse des Westens, sondern auch des Ostens Deutschlands befürworte. Diese Entscheidung werde eines Tages ganz Deutschland zugute kommen. Keiner der Kritiker, die einen Verteidigungsbeitrag mit Rücksicht auf die Gefährdung der deutschen Einheit ablehnten, habe einen Weg gewiesen, wie die deutsche Einheit in Freiheit auf andere Weise schneller und wirksamer wiederhergestellt werden könnte. Der Arbeitskreis unterstreicht die Bereitschaft, jeden Weg, der sich hier auftun sollte, ernsthaft zu prüfen und — wenn er gangbar erscheine — auch zu gehen. Ziellose gesamtdeutsche Gespräche seien kein geeigneter Weg, den Deutschen im Osten zu helfen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Wir sehen in der Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 10. März 1952 einen Erfolg der Politik der Bundesregierung, da damit ein Gespräch zwischen den Mächten veranlaßt wird, auf denen die Verantwortung für die Teilung Deutschlands ruht. Wir bitten die Bundesregierung, sich bei ihren Beratungen mit den Westmächten dafür einzusetzen, daß auch diese nichts unversucht lassen, das von ihnen gleichfalls bejahte Ziel der deutschen Wiedervereinigung zu verwirklichen . . .“

Diese von Dr. Heinemann zitierte Stelle kann in dem ganzen Zusammenhang der „Siegener Erklärung“ nur den Sinn haben, daß es der Evangelische Arbeitskreis begrüßt, daß die von der Bundesregierung vollzogene klare Entscheidung für den Westen und die von ihr

*„Die Bundesregierung wird sich besonders darum bemühen, daß die Deutschen das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit erhalten und festigen. Neben der brieflichen Verbindung ist die persönliche Begegnung zwischen den Deutschen der getrennten Landesteile von großer Bedeutung. Die Besuchsreisen der Landsleute aus Mitteleuropa werden weiter gefördert werden, und die Bundesregierung glaubt dabei der großzügigen Unterstützung der gesamten Bevölkerung, der Länder, Gemeinden und Hilfsorganisationen wie bisher sicher zu sein. Je besser die menschlichen Beziehungen zu unseren Landsleuten jenseits der Zonengrenze sind, um so leichter wird es uns werden, auch die bedrohte Einheit unseres kulturellen Lebens trotz vieler Verbote und Verkehrsbehinderungen der anderen Seite zu erhalten.“*

Bundeskanzler  
Dr. KONRAD ADENAUER  
in der Regierungserklärung  
vom 29. Oktober 1957

betriebene Politik der Sicherheit den politischen Erfolg gehabt haben, die Regierung der Sowjetunion zu einer Note an die Westmächte zu veranlassen, in der sie sich wenigstens grundsätzlich zu einem Gespräch mit den übrigen Mächten, auf denen die Verantwortung für die Teilung Deutschlands ruht, bereiterklärt.

Zu den konkreten Vorschlägen der Sowjetunion an die Westmächte wird in keiner Weise Stellung genommen. Daß man diese Vorschläge für ausreichend gehalten

habe, ist aus dem Wortlaut des Zitats nicht zu schließen, insbesondere dann nicht, wenn man sich Gehalt und Richtung der gesamten „Siegener Erklärung“ deutlich macht. Diese Folgerung ist um so weniger zu ziehen, als nicht nur die damals zur Regierungskoalition gehörende FDP, sondern auch die in Opposition stehende SPD bereits am 11. März 1952 bemängelt hat, daß die sowjetische Note keine Angaben über die Abhaltung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle und über die Konstituierung einer Nationalversammlung enthalte, aus der eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen könne. Es wird vom Arbeitskreis auch nicht gesagt, die Bundesregierung solle die Westmächte veranlassen, die sowjetische Note zur Grundlage ihrer Besprechungen zu machen. Die Bundesregierung wird vielmehr lediglich darum gebeten, sich bei den Westmächten dafür einzusetzen, daß diese nichts unversucht lassen, die Einigung Deutschlands herbeizuführen.

Aus dem wiedergegebenen Zitat aus der „Siegener Erklärung“ einen Appell des Evangelischen Arbeitskreises an den Bundeskanzler zu machen, die sowjetische Note als Ansatzpunkt für eine neue Politik gegenüber der Sowjetunion zu betrachten, erscheint bei objektiver Betrachtung schlechthin unverständlich. Bei dem traurigen Versuch, eine Legende von angeblich schuldhaft versäumten Gelegenheiten zu bilden, kann der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU nicht als Kronzeuge herangezogen werden.

„Christ und Welt“, Stuttgart:

### DER DEMAGOGIE TOR UND TÜR GEÖFFNET

... Die christliche Lehre ist nicht dazu da, um den verschiedenen politischen Ansichten und Standpunkten als Legitimation zu dienen. Doch hat Heinemann diese Klärung und Reinigung wirklich betrieben? Wird nicht sein Kernsatz über Christus und Karl Marx von dem der christlichen Theologie unkundigen Hörer vereinfachend als Unterstützung, ja als Bestätigung seiner (Heinemanns) politischen Konzeption aufgefaßt und ausgelegt werden? Denn wenn Jesus Christus, dieses große Vorbild der Weisheit, Gerechtigkeit und Vollkommenheit, nicht gegen Karl Marx gestorben ist, dann, so muß logisch gefolgert werden, steht es uns auch nicht zu, gegen den Marxismus-Kommunismus zu sein. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, den politischen Weg mitzugehen, den Dr. Heinemann so selbstverständlich zu weisen bereit ist.

Das ist die naheliegende — und falsche Deutung dieses Satzes. Es ist wahr: Christus ist nicht gegen Karl Marx gestorben, sondern für uns alle. Christus ist für den Menschen gestorben — doch für den Menschen, der da irrt, anmaßend und hartherzig ist, der Leid zufügt und Schuld erzeugt. Für diesen gefallenen, verstrickten und sündigen Menschen ist Jesus Christus gestorben. Er hat nicht deshalb sein Leben gelassen und den Tod am Kreuz auf sich genommen, damit der Mensch für sein irdisches Tun und Lassen Recht erhalte, sondern damit er erlöst werde. Erlöst — zu dem neuen Menschen, der vor Gott allein gilt. Hierin liegt die entscheidende Bedeutung des Todes Jesu Christi. In diesem Sinne ist Jesus Christus in der Tat sowohl für Karl Marx als auch für Bismarck, sowohl für Stalin als auch für Hitler gestorben.

Dieses Kernstück des christlichen Glaubens sollte den Grund unseres Seins ausmachen. Wir sollten uns daran immer wieder erinnern, um uns unserer Möglichkeiten, aber auch Grenzen als Menschen jederzeit bewußt zu sein. Christi Tod aber als konkrete politische Weisung oder als direkten Wegweiser für einen politischen

Kurs hinzustellen, hieße, Gottes Gnade und Verheißung vor den Karren des menschlichen Irrtums, seiner Unzulänglichkeit und Anmaßung zu spannen.

Der Christ weiß, daß er ohne Gott nicht richtig denken und handeln kann — auch und gerade im politischen Bereich. Er weiß aber auch, daß ihm kein Wort der Bibel die eigene Mühe für die einzelnen Stunden und den einzelnen Tag abnimmt. Mit den ihm gegebenen Kräften und Gaben hat er selber ruhig und sachlich zu sichten, zu prüfen und zu entscheiden — in Verantwortung vor dem Gewissen und vor Gott. So will es doch nach seinen eigenen Worten auch Dr. Heinemann. Um so mehr ist zu bedauern, daß er sich selbst nicht daran gehalten hat. Mit seinem lapidaren Satz von Christi Tod und Karl Marx tat er das gleiche, was er vorher seinen ehemaligen Parteifreunden vorgeworfen hat. Damit ist der politischen und kirchenpolitischen Demagogie Tor und Tür geöffnet. Ob der ehemalige Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland diese Absicht gehabt hat? Die Wirkung aber ist so“.

„Junge Stimme“, Stuttgart:

### JEDE IDEOLOGIE EIN FEIND DES KREUZES

... Will Dr. Heinemann leugnen, daß es eine notwendige Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Christusglauben gibt? Obwohl Christus für alle Menschen, also auch für die Pharisäer seiner Zeit starb, hat er ihnen dennoch ein vielfaches und unmißverständliches Nein entgegengesetzt. Auch wenn er ihnen seine Liebe anbot, so hat er sich trotzdem nicht mit diesen seinen Gegnern verbrüdet. Die Grenzlinie wurde von ihm eindeutig gezogen. Für sein Nein waren sie verantwortlich, denn sie schlossen sich selbst von dem Angebot seines Erlösungstodes aus, weil sie ihm nicht ihren Glauben schenkten.

Wenn es also auch heute Menschen gibt, die grundsätzlich und entschlossen die Existenz Gottes leugnen und sogar den Kampf gegen ihn mobilisieren, — kann es dann nicht auch in diesem Fall gerechtfertigt sein, diesen Menschen im Namen Christi ein Nein entgegenzusetzen? Und wenn es so ist, daß der klassische Marxismus (allerdings weithin durch die Schuld der Kirche) die grundsätzliche Ablehnung des christlichen Glaubens zum Programm erhoben hat, muß dann nicht auch die Christenheit ihrerseits einen klaren Strich ziehen? Insofern ist Christus eben doch gegen Karl Marx gestorben, als er sich gegen jede Ideologie bekannte, die ihrem ganzen Wesen nach ein Feind des Kreuzes ist. . .“

„Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“:

### THEOLOGISIERTE POLITIK

„Wir meinen, daß die com-back-Rede Dr. Heinemanns in der außenpolitischen Aussprache des Deutschen Bundestages am 23. Januar 1958 den tiefgreifenden Streit innerhalb der EKD um den öffentlichen Dienst der Kirche mitten in den politischen Tageskampf hineingezogen hat. Das kann weder für die Kirche noch für die Politik von Segen sein. Aber auch die ihm seitens der CDU in und nach der Sitzung erteilten Antworten können unsere Zustimmung nicht finden. Man wird in evangelischen CDU-Kreisen hoffentlich nicht meinen, die kirchlich-theologischen Gegner Heinemanns träten für eine Reprivatisierung der kirchlichen Verkündigung und für eine Beschränkung des christlichen Beitrags zur Politik auf Gesinnung und Gewissensbindung des einzelnen ein. Unsere Dis-

kussion hat sich vielmehr außerordentlich verfeinert. Die theologische Ethik möchte an der Erhellung ganz konkreter Verantwortungsbeziehungen mitwirken und den Staatsbürger möglichst weit in seine weltlichen Entscheidungen hinein geleiten. Freilich bleibt für diejenigen unter uns, die weiterhin in der Struktur der Zwei-Regimentenlehre denken, dort eine unaufgebbare Grenze bestehen, wo verschiedene Beurteilungsmöglichkeiten für eine bestimmte ethische Entscheidungssituation gegeben sind. Politische Meinungen dürfen nicht mit Verkündigungsinhalten verwechselt werden. Nur so bleibt auch die für den politischen Dienst erforderliche Nüchternheit erhalten.

Dr. Heinemann wird wegen der Christlichkeit seiner Rede gelobt. Wenn man von der Gewissensbindung des Redners absieht, über die natürlich kein Urteil zu fällen ist, kann man damit nur zwei Stellen seiner Rede meinen. Zu beiden aber ist Widerspruch anzumelden! Die eine betrifft seine Warnung vor einer christlichen Kampffront gegenüber dem Osten. Zustimmung ließe sich ihm darin nur dann, wenn er sich selbst vor dem entgegengesetzten Extrem hüten und nicht jede Konfliktmöglichkeit prinzipiell für eine christliche Unmöglichkeit erklären würde. Man kann aber seinen einer manierierten theologischen Begriffsspielerei abguckten Satz, daß ‚Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle‘, wohl kaum anders verstehen. Ist es unfein zu fragen, ob der Satz auch dann richtig ist, wenn statt Karl Marx der Name Adolf Hitler eingesetzt wird? Und was hat Karl Barth eigentlich 1938 gemeint, als er die Söhne der alten Hussiten zum Kampf gegen Hitler ‚für die Kirche Jesu Christi‘ ermutigte, zumal diese unter Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallende? Die SPD-Freunde Dr. Heinemanns haben bei ihrem Beifall sicherlich nicht bedacht, wie wenig man einen so schön klingenden Satz ernsthaft politisch benutzen kann.

Der zweite Punkt, an dem Dr. Heinemann entgegenzutreten ist, ist seine Aufzählung kirchlicher Erklärungen zur Bewaffnung mit Atomwaffen. Wer diese Erklärungen kennt — anscheinend kennt man sie in der CDU kaum ausreichend! —, weiß ganz genau, daß die wenigsten von ihnen sich für die Oppositionsthese gegen die Politik der Bonner Koalition oder für die Adenauersche Außenpolitik in Anspruch nehmen lassen. Deshalb hat Martin Niemöller soeben noch erklärt, daß alles das, was die EKD nach der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 proklamiert habe, nur deklamatorischen Charakter trage. Diese Nichtverwendbarkeit kirchlicher Verlautbarungen für ein unmittelbar im Bundestag vorzulegendes Aktionsprogramm hat nach der Meinung Martin Niemöllers und seiner Freunde die EKD einem politischen Opportunismus ausgeliefert. Wir brauchen zwischen den Urteilen Heinemanns und Niemöllers nicht zu wählen: beide sind nachweislich falsch. Man muß aber Dr. Heinemann auf das dringendste darum bitten, zur Vermeidung einer Verwirrung nicht ausreichend unterrichteter Gemeindeglieder und Politiker in Zukunft auf diese zumindest ungenaue Arbeitsweise zu verzichten.

Uns bedrängt die Frage, ob nicht Dr. Heinemann gerade durch seinen Anspruch auf christliche Geltung für seine politischen Thesen das Verhältnis von Opposition und Regierung außerordentlich belastet hat. Das Gegenteil wäre eine christliche Tat in der augenblicklichen Situation. Daran sollte man die Christlichkeit einer solchen Rede messen. Die Aussprache im Bundestag hat, auf die Sache gesehen, für den unvoreingenommenen Beobachter zunächst eine starke Annäherung von Koalition und Opposition gebracht. Wenn die Opposition jetzt zudem erklärt, daß Verteidigungsbereitschaft und aktivere Ostpolitik einander bedin-

gen, so wird sie sich sicherlich darüber klar sein, daß auch sie der Frage nach einer Atombewaffnung bei einem vorläufigen Scheitern aller Entspannungsbestrebungen nicht würde ausweichen können. Als Oppositionspartei braucht sie, das ist ihr taktischer Vorteil, bis auf weiteres diese Frage nicht zu beantworten. Sie sollte die Antwort daher auch nicht von der Bundesregierung verlangen, sondern gemeinsam mit ihr die Verhandlungspositionen gegenüber dem Osten verbessern.

Die Unheimlichkeit der weltpolitischen Situation liegt doch darin, daß das Atomgleichgewicht der Mächte und ein ständiges Ausspielen von Verhandlungsmöglichkeiten gegen Entscheidungen in gleicher Weise untragbare Situationen schaffen. Auch hierin stehen Regierung und Opposition merkwürdig nahe beieinander.

Die SPD läßt sich die augenblickliche Hilfestellung durch eine Reihe von angesehenen Kirchenmännern gern gefallen. Niemand kann ihr das verargen, niemand verargt den Kirchenmännern ihre parteipolitische Option. Was uns stört, ist die kirchlich-theologische Note dieser Erscheinung, ist die Konsequenz, politische Ansichten wie Wahrheitsfragen zu behandeln. Wer der CDU den Namen ‚christlich‘ prinzipiell verwehrt, steht mit seinem Anspruch auf christlichen Gehorsam für seine Politik merkwürdig da. Kennt man in der SPD das auf diesem Boden gewachsene politische Programm, wofür der von Dr. Heinemann zitierte Vortrag von Professor Gollwitzer nur ein Beispiel ist, genau genug?

Es scheint uns gewiß zu sein, daß sich am 23. Januar 1958 im Bundestag gezeigt hat, wie sehr eine Theologisierung der Politik von Übel ist und die Politik von ihrer Sache entfernt. Der hervorragendste christliche Dienst an der Welt ist der, daß alle weltlichen Entscheidungen sachgemäß, auch ohne vorgefaßte Meinungen und Affekte geschehen.“

\*

*Nach der Reihe der Stellungnahmen aus evangelischer Feder möchten wir abschließend auch jenem katholischen Bundestagsabgeordneten das Wort geben, auf dessen Zwischenruf Dr. Heinemann mit seinem Satz von Christus und Marx antwortete.*  
Die Red.

**Dr. Fritz v. Haniel-Niethammer, Tunzenberg/Ndbay.:**

### „NICHT GEGEN KARL MARX“?

Der frühere Bundesminister Dr. Heinemann hat sich in seiner oppositionellen Rede im Bundestag sehr entschieden gegen die christliche Orientierung unserer Partei gewandt und sie dafür verantwortlich gemacht, daß die Christen in der Sowjetzone als „fünfte Kolonne“ des Westens angesprochen und auch demgemäß behandelt würden. Nun, abgesehen davon, daß Heinemann selbst einmal prominentes Mitglied der Christlich-Demokratischen Union war, bedeutet eine solche, die Zusammenhänge auf den Kopf stellende Schlußfolgerung nicht mehr und nicht weniger als eine Art Entschuldigung — wenn nicht gar Rechtfertigung — der kirchen- und christentumsfeindlichen Maßnahmen der Pankower Machthaber. Heinemann verwahrte sich im Zuge seiner Argumentation dagegen, daß in dem geistig-politischen Ringen zwischen West und Ost theologischen Begründungen Raum gegeben werde, weil es seiner Ansicht nach hier „nicht um Christentum gegen Marxismus“ gehe, — sondern „um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle“.

Da ich der Zwischenrufer war, der durch seine Frage: „Sondern?“ die reichlich eigenartige Antwort Heine-

manns ausgelöst hat, möchte ich etwas grundsätzliches darauf erwidern: Ich bin zutiefst davon überzeugt (und darin liegt die Rechtfertigung unserer Partei), daß es in der Politik nicht immer nur um „sachgerechte“ Entscheidungen geht — das hieße Politik mit Verwaltung verwechseln —, sondern letzten Endes um aus tiefsten inneren Haltungen kommende, vielfach unbewußt gefaßte geistige Entscheidungen. Wir werden daher, wenn wir offen und rückhaltlos reden wollen, nicht darum herumkommen, christliche Begriffe auch in der Politik zu gebrauchen. Nur metaphysische Blindheit kann bestreiten, daß es sich in der Politik letztlich um einen Kampf der Geister handelt.

Aber nun zur Sache selbst: Die Feststellung, daß der Erlöser der Menschheit nicht gegen Karl Marx gestorben sei, ist eine offensichtliche Trick-Antwort, weil sie in einer zunächst verwirrenden Weise zwei verschiedene Ebenen durcheinanderschiebt: die personale und die ideologische. Auf der personalen Ebene besteht der Satz zweifellos zu Recht. Aber es geht hier — in dem Ringen zwischen West und Ost — ja nicht um die Person des Karl Marx, um seine unsterbliche Seele, sondern um seine Lehre, den Marxismus. Und hier besteht die These von Heinemann in keiner Weise zu Recht. Denn der Chilas-

mus der kommunistischen Idee, ihre welt-immanente Heilserwartung liegt auf einer geistigen Linie mit den messianischen Erwartungen des damaligen Israel, die in Widerspruch und Auflehnung gegen die Jenseits-Verheißungen des Evangeliums zur Katastrophe von Golgatha führten.

Wenn die Antwort Heinemanns überhaupt einen Sinn hat, so kann es doch nur der sein, daß zwischen dem Geist des Christentums und dem des Marxismus kein Gegensatz besteht. Wie ein Blitz am Himmel zuckte in dieser nächtlichen Sitzungsstunde plötzlich der furchtbare defaitistische Gedanke auf, daß mit der These: „Nicht gegen Karl Marx“ alles, was sich innerhalb der letzten 40 Jahre — von Lenin bis Chruschtschow — im Namen eben jenes Marxismus in dem weiten Raum zwischen dem Amur und der Elbe zugetragen hat, gerechtfertigt, entschuldigt oder zumindest bagatellisiert werden solle. Ich meine, daß es ein Gebot der Fairneß des politischen Kampfes ist, anzunehmen, daß Heinemann sich der entsetzlichen Tragweite seiner These in jenem Augenblick zumindest nicht voll bewußt war. Noch weit weniger aber waren sich dessen wohl die Bundestagsmitglieder der SPD und FDP bewußt, die diesem verhängnisvollen Satz frenetischen Beifall zollten.

## ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

### Flucht ins Irrationale

Die „NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“ beschäftigt sich mit dem publizistischen Kampf gegen die Politik Adenauers. Das Blatt schreibt u. a.:

„Der beobachtenden Umwelt stellt die Unrast weiter Intellektuellenkreise in Deutschland die Frage, ob sich hier etwas ankündigt, was sich mit der beruhigenden Formel ‚Bonn ist nicht Weimar‘ nicht mehr so ohne weiteres verdrängen lasse. Auch bei einsichtigen Deutschen trifft man heute auf die Meinung, daß diese Formel ihren geschichtlichen Test erst noch vor sich habe und daß es gefährlich wäre, sie als gesicherte Feststellung zu betrachten...“

### Legenden gegen Bonn

Solange die Spaltung Deutschlands andauert, wird die Diskussion um die Wiedervereinigung immer wieder das politische Gespräch unter Deutschen dominieren... Dabei vermag das leidenschaftliche Gespräch die politische Lösung der Frage kaum zu fördern, denn sie liegt nicht in der Hand der Deutschen. Gerade hier aber ist einer der Mythen im Entstehen, die auf eine gefährliche Weise den Blick für die Realitäten trüben könnten. Auf einem Sektor der Intelligenz verhärtet sich zusehends die Meinung, daß Fortschritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung in erster Linie vom guten Willen und der Diplomatie der Bundesregierung abhingen, daß

sie aber aus verschiedenen Gründen diesen guten Willen nicht habe.

Diese Behauptung ist ein wesentliches Element im Kampf gegen Adenauer, der nun wieder mit verstärkter Wucht und Wut einsetzt. Dem Mythos vom schlechten Willen der Regierung entspricht der von der Umgänglichkeit und Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion. Wollte man einigen Führern des Nonkonformistenflügels glauben, der in seiner Argumentation übrigens selber äußerst konform ist — dann wäre man mit Moskau längst im reinen, wenn man nur selber Vernunft gezeigt hätte.

Solange die unvermeidliche Diskussion rational geführt wird, hat sie die Chance, objektiv zu bleiben. In einer Situation allerdings, in der die Ratio die Politik nicht mehr vorwärtsbringt gegenüber einem außenpolitischen Gegner, der nicht mit dem westlichen Maß mißt, ist die Gefahr der Flucht ins Irrationale wieder groß. Der Aufstand des Irrationalen hat vor einem Vierteljahrhundert Deutschland auf den Abweg geführt. Er wird heute wieder mit größerer Intensität als noch vor ein paar Jahren propagiert und beschworen. Es geht dabei nicht nur um die von Thomas Dehler und seinen Gesinnungsgenossen postulierte ‚heilige Ungeduld‘ der Herzen, um einen romantischen Nationalismus, der lange nach seiner historischen Stunde im 19. Jahrhundert nun noch einmal unter völlig ver-

änderten Gegebenheiten zum Zuge drängt. Mit im Spiel sind neben den ‚Nationalisten‘, d. h. den Leuten, die vorwiegend in nationalen Kategorien denken und empfinden, auch etwa jene Vertreter des Konzepts einer ‚konservativen Revolution‘ aus der Weimarer Republik, die zwar einer nationalistischen Tradition entstammen, aber heute in größeren Zusammenhängen denken.

### Totengräber Weimars am Werk

Hier beginnen sich Parallelvorgänge zur Unterhöhlung der Ersten Republik abzuzeichnen, die der Aufmerksamkeit des Auslandes wert sind. Nicht die ‚alten Nazis‘ stehen wieder auf; wer heute noch gebannt die Aktivität der mehr oder weniger isolierten, höchstens regional noch etwa mit der FDP und dem BHE verbundenen rechtsextremen Grüppchen beobachtet, dürfte in die falsche Richtung gehen. In den Vordergrund des Bildes drängen vielmehr Kräfte, die zwar ihren unübersehbaren Beitrag zum Untergang der Weimarer Republik geleistet haben, sich aber von Anfang an oder mit der Zeit vom Treiben der braunen und schwarzen Horden distanzieren und sich deshalb nach den groben Maßstäben der ‚Entnazifizierung‘ eines blütenweißen ‚Persilscheins‘ erfreuen. Der Fall wäre etwa am Beispiel des Publizisten Hans Zehrer darzulegen, der sich in den zwanziger Jahren im Kreis der Otto Strasser, Ernst Jünger, Arnolt Bronnen, Niekisch und des Gehilfen am Mordanschlag auf

Rathenau, Ernst v. Salomon, bewegte und der als Chefredakteur der Monatszeitschrift ‚Die Tat‘ und später der ‚Täglichen Rundschau‘, des Organs des Generals v. Schleicher, zu den führenden Kritikern der sogenannten Erfüllungspolitik und, wie mancher Zeitgenosse bestätigt, mit zu den intellektuellen Totengräbern der Weimarer Republik zählte. Freilich war die Machtergreifung Hitlers nicht ganz jene nationale ‚Revolution von oben‘, die der Publizist Schleichers und konservative Revolutionär sich gewünscht hatte, und vor dem Treiben der Lemuren zog er sich in eine Art stiller innerer Emigration zurück...

Jene marschierenden Kolonnen waren 1945 an ihrem Endziel angelangt. Einige Jahre darauf wurde Zehrer Chefredakteur der ‚Welt‘, jenes Blattes von Axel Springer, das unter den führenden Zeitungen der Bundesrepublik am ausgeprägtesten, wenn auch keineswegs allein, eine Lockerung der Bindung Bonns an den Westen und eine konsequentere Ostorientierung propagiert. Es gibt Leute aus dem ‚Tat‘-Kreis, es gibt auch Nationalsozialisten, die umgelernt haben; Zitate aus der ‚Umbruchzeit‘ gelten bei den Publizisten des heutigen Deutschlands mehr oder weniger als verjährt. Bei Zehrer aber gleichen sie in erstaunlichem Grade jenen, die er heute produziert. Er war auf der Suche nach der ‚dritten Position‘ in der Weimarer Republik, er ist es auch heute; er beschwor und er beschwört die ‚irrationalen‘ Kräfte im Volk, die auch politisch wieder zur Geltung kommen sollten; er sagte und sagt dem, was er ‚Massendemokratie‘ nennt, den freilich immer wieder verschobenen Untergang voraus; er empfand die Weimarer Demokratie als eine den Deutschen von den Siegern oktroyierte staatliche Form; er hält heute die westliche Orientierung ihrer Politik den Deutschen für ganz und gar unangemessen und das im Aufbau begriffene Europa für eine Chimäre, solange es eben nicht die dritte Kraft zwischen den Blöcken ist...

Mit Schleicher war er für engere Anlehnung an Rußland, und heute sucht er ‚die Russen‘ unter Vermeidung des Beiwortes ‚sojjetisch‘ oder ‚bolschewistisch‘ als harmlose Spätlinge auf dem Stand der westeuropäischen Jahrhundertwende auch politisch wieder zu empfehlen...

Das Blatt schließt: „Es dürfte wenig westliche Diplomaten und Beobachter in Bonn geben, die einem zwischen den Blöcken lavierenden und agierenden Deutschland jenen Vertrauenskredit gutschreiben möchten, den sich die Bundesrepublik im Westen als Partner und als Demokratie zu verschaffen gewußt hat.“

## DER VORBEIGEGANGENE DOLCHSTOSS

*Einem Leitartikel der „FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG“ von Erich Dombrowski, der sich mit der außenpolitischen Debatte des Bundestages vom 23. Januar und der anschließenden Rundfunkansprache des Bundeskanzlers befaßt, entnehmen wir folgende Abschnitte:*

„Alle Vorwürfe liefen immer wieder in dem einen Punkt zusammen, der Bundeskanzler habe alle Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands verpaßt, wenn nicht gar absichtlich zunichte gemacht: insbesondere die russische Friedensnote vom 10. März 1952...

Was bot der Kreml an? Deutschland als einheitlichen Staat, mit dem ein Friedensvertrag abgeschlossen werden würde. Rückzug der Streitkräfte aller Besatzungsmächte nach spätestens einem Jahre. Garantie der demokratischen Rechte. Zubilligung nationaler Streitkräfte zur Verteidigung des Landes...

Kein Wort wurde von freien Wahlen als Voraussetzung für den Zusammenschluß des deutschen Volkes gesagt. Wir haben es Jahre später, tropfenweise, erfahren müssen, wie sich die Sowjetunion das Zusammenkommen der beiden deutschen Teile vorstellt. Nicht das Volk solle seinen freien Willen bekunden dürfen, sondern die beiden Regierungen der Demokratie und der Diktatur sollten sich (im Schatten des dirigierenden Kremles) über die Wiedervereinigung verständigen. Dabei müßten aber die sozialen, lies: kommunistischen, Errungenschaften erhalten bleiben...

„Organisationen, die der Demokratie und der Sache des Friedens feindlich sind, dürfen nicht bestehen.“ Das ist, mit den Augen des Ostens gesehen, ein äußerst dehnbarer Begriff und wird am besten illustriert, wenn man die Demokratie der kommunistischen Volksdemokratie, den Frieden der ‚friedlichen‘ Unterminierung anderer Völker gleichsetzen wollte.

Dann wird eine Neutralisierung Deutschlands verlangt, auch wenn das Wort in dem Text selbst nicht ausgesprochen wird. Es dürfe ‚keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse eingehen, die sich gegen einen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Kriege gegen Deutschland teilgenommen hat‘. Damit wird ihm jede Verteidigungssicherung genommen. Das schließt somit eine Lösung vom Westen in sich. Ein Verlangen, kaum drei Jahre nachdem die Russen, wenn zum Glück auch vergeblich, Berlin durch ihre Hungerblockade unter ihr Joch zu zwingen versucht hatten. Endlich wollten sie Deutschland mit der Note veranlassen, vorweg, noch vor einem regelrechten Friedensschluß, die Grenzen, also vor allem die Oder-Neiße-Linie, anzuerkennen, wie sie (fälschlich ausgelegt) die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt hätten...

Das Wesentlichste, was Adenauer zur Rechtfertigung seiner Haltung im Jahre 1952 vorbrachte, war der Hinweis, daß die Ablehnung jener Note ja in voller Übereinstimmung mit dem Bundestag und der Bundesregierung erfolgt sei. Thomas Dehler war damals als Justizminister selbst Mitglied des Kabinetts. Die Regierung habe sich nur an die Beschlüsse gehalten, die auch von den Abgeordneten der Freien Demokraten und der Sozialdemokratie, zum Teil in namentlicher Abstimmung, gebilligt worden seien...

Die späteren Jahre, mit all ihren erneuten russischen Noten, die immer wieder zu nichts führten, haben uns nachgerade gelehrt, worauf die verführerischen russischen Angebote in Wirklichkeit jedesmal hinauswollten: propagandistisch vor der Welt und vor dem eigenen Volke, um es von den inneren Schwierigkeiten abzulenken, den Frieden zu bekunden und die westliche Front aufzuweichen.

Wenn man trotzdem jetzt der russischen Anregung zu neuerlichen Verständigungsgesprächen folgen will, dann tut man es, nach all den trüben Erfahrungen, mit zwar nur geringen Erwartungen, aber doch in der weisen Erkenntnis, daß, solange verhandelt wird, die Waffen schweigen. Die Abwehr Adenauers im Rundfunk hat jedenfalls im deutschen Volke das verhängnisvolle Wiederaufleben einer Dolchstoßlegende verhindert. Der Dolchstoß der Opposition ging vorbei.“